magazin zeitschrift für direkte demokratie

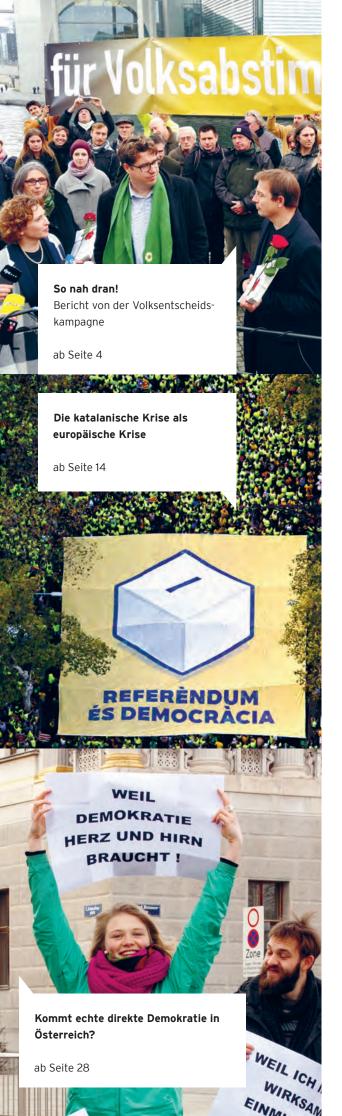
OLKSABSTIMMUNG

The state of th

Ankündigung der Mitgliederversammlung S. 36

Aufruf zur Kandidatur bei der Vorstandswahl S. 37





BUNDESWEITE VOLKSENTSCHEIDE

- 4 SO NAH DRAN!
- 7 WO STEHT DIE DIREKTE DEMOKRATIE NACH DER WAHL?
- 10 MINDERHEITSREGIERUNG WÄRE DAS GUT?

REZENSION

11 DEMOKRATIE ALS REVOLTE

EUROPA

- 12 MIT 83.000 BÜRGER/INNEN FÜR EINE BESSERE EBI
- 14 DIE KATALANISCHE KRISE ALS EUROPÄISCHE KRISE

DEMOKRATIE-NACHRICHTEN

19 KURZ NOTIERT

BUNDESWEITE VOLKSENTSCHEIDE

20 STIFTEN FÜR DIE DEMOKRATIE

BUNDESLÄNDER

22 LÄNDERTELEGRAMM

INTERNATIONAL

- 24 FÜR WELTWEITE WAHLEN UND GLOBALE DEMOKRATIE
- 26 REFERENDUM IN DER KRISE
- 28 KOMMT ECHTE DIREKTE DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH?

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

30 DIE BEGRIFFE NEU BESTIMMEN

LESERBRIEF

32 KOMMENTAR ZU "POPULISMUS UND VOLKSABSTIMMUNGEN"

MD INTERN

- 34 IN DER HEISSEN PHASE
- 36 ANKÜNDIGUNG DER BUNDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG
- 37 AURFUF ZUR KANDIDATUR BEI DER WAHL ZUM BUNDESVORSTAND

MEHR DEMOKRATIE WIRD 30!

Am 15. September, dem internationalen Tag der Demokratie, feiert Mehr Demokratie seinen 30. Geburtstag in Berlin. Merken Sie sich das Datum schon vor! Alles Weitere erfahren Sie im nächsten Heft.

Liebe Leserinnen und Leser,

im Spannungsaufbau von Filmen und Theaterstücken kennt man das so genannte retardierende Moment. Da scheint alles glatt zu gehen, die Geschichte läuft auf ihr Happy End zu und dann – kippt die Sache plötzlich. Die Handlung ist wieder völlig offen, der Spannungspuls steigt. So ähnlich ging es uns bei den Jamaika-Sondierungen. Unsere Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid hatte es als Kompromiss bereits ins Sondierungspapier geschafft. Es war der einzige unter mehr als hundert noch strittigen Punkten, bei dem CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sich verständigt hatten und die CDU isoliert war. Es stand also 3: 1. Und dann – das retardierende Moment: Die FDP verlässt die Sondierung. Pffffff ... war die Luft raus.

Alles wieder auf Anfang. Die Kampagne "Jetzt die Zeit: Volksentscheid. Bundesweit." geht weiter. Es bleibt also spannend. Geht es auf eine GroKo zu? Dann kommt es auf die SPD an. Wir haben die erste Gelegenheit beim Schopf gepackt und waren mit einem ganzen Team auf dem SPD-Parteitag. Wir wollten den Faden zur SPD so schnell es geht wieder aufnehmen. Das ist gelungen. Auf dem Parteitag konnten wir mehr als 270.000 Unterschriften für den bundesweiten Volksentscheid an Lars Klingbeil, den frisch gewählten neuen Generalsekretär der SPD, und an die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Andrea Nahles, übergeben. Beide zeigten sich beeindruckt von der Zahl der Unterschriften und von dem 36 Organisationen starken Bündnis, das – so hat es Andrea Nahles ausgedrückt – offenbar für die Zivilgesellschaft steht.

Bleibt die CSU bei der Stange und setzt sich weiter für den bundesweiten Volksentscheid ein und holt die SPD das Thema ebenfalls auf die Agenda – dann sind wir wieder da, wo wir uns bereits während der Jamaika-Sondierungen hingearbeitet hatten: Nur noch die CDU muss überzeugt werden.

Wir holen also tief Luft und setzen auf unseren langen Atem. Den werden wir auch für die anderen Themen in diesem Heft brauchen: für ein demokratischeres Europa oder die Kampagne in den Niederlanden. Retardierende Momente in politischen Prozessen haben wir in den 30 Jahren seit Bestehen von Mehr Demokratie schon oft erlebt – aufgehalten haben sie uns nicht. Weiter geht's!

Rail we seed

Ihr Ralf-Uwe Beck Bundesvorstandssprecher



Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.





"Jetzt ist die Zeit: Volksentscheid. bundesweit." Übergabe der bis dahin gesammelten Unterschriften am 16. November 2017 in Berlin.

SO NAH DRAN!

270.000 Menschen fordern mit uns, dass die Einführung bundesweiter Volksentscheide in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. Noch ist alles offen, wir machen weiter.

VON ANNE DÄNNER

Als wir Anfang 2017 die Kampagne zur Bundestagswahl planten, überwog ein Gefühl: Dass jetzt überhaupt nicht die Zeit sei, Volksabstimmungen zu fordern. Die Wahl von Donald Trump, der Brexit und der Machtzuwachs rechtspopulistischer Kräfte in ganz Europa hingen wie eine Wolke über unserer Forderung nach mehr direkter Demokratie. Trotzdem haben wir einfach angefangen. Wir sind mit riesigen Spiegeln durch die Wahlkreise entscheidender Kandidat/innen getourt, haben unzählige Gespräche mit Politiker/innen geführt. Etwa Mitte des Jahres zeigte sich, dass wir richtig damit gelegen hatten, die Demokratiefrage zu stellen. Rund 30 Organisationen, darunter auch Schwergewichte wie der Deutsche Naturschutzring, der BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland und der Bund der deutschen katholischen Jugend standen bereit, um mit uns die Aufnahme bundesweiter Volksabstimmungen in den nächsten Koalitionsvertrag zu verlangen. Und unsere Kontakte in die Parteien hinein waren so gut wie nie zuvor...

Heißer Herbst - Eine Chronik

15. September

Internationaler Tag der Demokratie. Erstes Bündnispartnertreffen in Berlin. Etwa die Hälfte unserer Unterstützer-Organisationen ist vor Ort. Es werden Bild-Botschaften und Kommunikationsstrategien besprochen, alle sind hoch motiviert. Am gleichen Tag noch der "heimliche Kampagnenauftakt": Vor dem Brandenburger Tor zeigt der OMNIBUS für direkte Demokratie hunderte Video-Botschaften für die Volksabstimmung auf großer Leinwand und organisiert ein fulminantes Konzert für die direkte Demokratie mit dem Chor VOKAL.system und dem STEGREIF.orchester inklusive Soul-Sänger Fisal Campbell und Rapper Redchild.

28. September

Vier Tage nach der Wahl starten wir offiziell. In den Räumen der Bundespressekonferenz sprechen Seite an Seite Claudine Nierth (Vorstandssprecherin Mehr Demokratie), Lisi Maier (Bundesvorsitzende BDKJ), Kai Niebert (Präsident DNR), Martin Rücker (Geschäftsführer foodwatch Deutschland) und Hubert Weiger (Vorsitzender BUND) über die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen. Draußen sammeln sich derweil rund 30 Aktive von vielen Bündnis-Organisationen um ein strahlendes Brautpaar, das "Wahlen" und "Abstimmungen" verkörpert (Foto rechts oben).

8. Oktober

In der CDU-Zentrale treffen sich die Unionsparteien zu ersten Sondierungen. Unser Bündnis hat ein neun Meter hohes Transparent mitgebracht und erinnert die CSU an ihre Volksentscheids-Garantie im Bayernplan. Joachim Hermann (CSU, Innenminister Bayern) kennt Mehr Demokratie schon aus Gesprächen im Vorfeld und kommt freundlich auf uns zu. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer steigt aus der Limousine und winkt in unsere Richtung. Das Bild mit unseren Volksentscheids-Schildern im Hintergrund geht durch die Medien (Foto rechts in der Mitte).

16. Oktober

Der Bund der Steuerzahler erklärt offiziell seinen Beitritt zu unserem Bündnis "Jetzt ist die Zeit: Volksentscheid. Bundesweit." Sein Präsident Reiner Holznagel spricht gemeinsam mit dem Schweizer Ökonomieprofessor Reiner Eichenberger vor der Bundespressekonferenz.

17. Oktober

Die Sondierungsgespräche zu Jamaika starten. Direkt vor dem Verhandlungsgebäude lassen wir unter dem Motto "Demokratie zum Fliegen bringen" Ballontrauben in Jamaika-Farben in den Himmel steigen (Foto rechts unten). Unsere Botschaft: Bundesweite Volksentscheide gehören in den Koalitionsvertrag. Die Journalist/innen vor Ort sind dankbar für Fotomotive und offen für Gespräche. Schon jetzt ist klar: Die Parlamentarische Gesellschaft wird in den nächsten Wochen zu einer Art Zweitwohnsitz für Demokratie-Aktivist/innen werden.

19. Oktober

Bei Einbruch der Dämmerung versammeln sich eine Handvoll Aktive und zwei Agenturfotografen auf der Marschallbrücke im Regierungsviertel. Heute bewusst kein großer Auflauf, wir planen eine Licht-Guerilla-Aktion. Wir sind nervös, denn der Transporter mit Lichtkünstler Ingo Bracke und seiner "Lichtkanone" lässt bis zur letzten Minute auf sich warten. Dann geht es los: Mit Höllenlärm, im einsetzenden Nieselregen wird die Projektion vorbereitet. Und dann strahlen endlich die Worte "Direkte Demokratie" und "Volksabstimmung" in Richtung Reichstags- und Verhandlungsgebäude. Wow!

30. Oktober

Durch die Kontakte unserer Lobbyarbeiter/innen wissen wir ziemlich genau, wie sich die Verhandlungen entwickeln und was wann besprochen wird. Zum Teil sitzt Mehr Demokratie sogar in den sogenannten Stakeholder-Gesprächen, bei denen die Zivil-





Nicola Beer (Generalsekretärin der FDP) und Michael Kellner (Politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen) nehmen eine Viertelmillion Unterschriften für den bundesweiten Volksentscheid entgegen. Foto: Jan Hagelstein

gesellschaft gefragt wird, was sie von der künftigen Regierung erwartet. Heute soll über Innen- und Rechtspolitik und damit auch über Volksentscheide gesprochen werden. Wir sind wieder vor Ort und schneiden eine große (und wohlschmeckende) Jamaika-Volksabstimmungs-Torte an. Draußen begleiten uns zahlreiche Journalist/innen, drinnen nimmt man unsere Aktion über Social Media wahr. Die CSU spricht das Thema "Volksabstimmung" erstmals deutlich an.

9. November

Bundesweite Volksentscheide sollen heute Thema werden. Wir enthüllen vor dem mittlerweile berühmt gewordenen Balkon den zehn Quadratmeter großen "Spiegel der Gesellschaft". Unsere Botschaft: 72 Prozent der Deutschen sind für bundesweite Volksentscheide. Drei der vier verhandelnden Parteien auch.

15. November

Es entscheidet sich, ob unser Thema im sogenannten Sondierungspapier eine Rolle spielt und mit in die Koalitionsverhandlungen genommen wird. Die Formulierung, die durchgesickert ist, wäre auf jeden Fall ein großer Schritt nach vorne: "Wir wollen die parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzen. Die Rechte von Minderheiten und Grundrechte stehen dabei nicht zur Disposition." Darauf haben sich Bündnis 90/Die Grünen, CSU und FDP geeinigt. Die CDU hat ausdrücklich ihren "Dissens" angemeldet – es ist bezeichnenderweise die einzige Stelle im Sondierungspapier, an der die CDU gegen alle anderen eine eigene Position geltend macht!

Wir stehen wieder vorm Verhandlungsgebäude, denn wir wollen eine Viertelmillion Unterschriften übergeben, am besten an alle verhandelnden Parteien. Unsere Lobby-Leute kriegen die Telefone nicht vom Ohr: Wann kommt jemand raus? Wer kommt von welcher Partei? Kommt von der Union überhaupt jemand? Dann – etwa eine Stunde vor dem Übergabetermin ein Anruf von der Grünen-Pressestelle: Man schicke uns jetzt alle vier

Generalsekretär/innen. Kurze Verwirrung ... Wieso haben die Grünen mehrere Generalsekretäre? Dann Begreifen und ungläubiges Staunen: Um 13: 30 Uhr wollen tatsächlich die Generalsekretär/innen aller vier Parteien zu uns kommen! Wir spekulieren: Das kann nur bedeuten, sie haben sich zumindest auf eine vorsichtige Öffnung Richtung mehr Demokratie geeinigt. Wir fiebern. 13:35 Uhr: Nicola Beer (FDP) und Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen) kommen raus, einen Pressepulk im Schlepptau. Kellner spricht von einem "starken Signal" und "hohem Respekt", Beer sagt, man müsse "schauen, wie der Abend ausgeht". Warum CDU und CSU nun doch nicht mitgekommen sind, können wir nur mutmaßen. Kurze Ernüchterung...

... aber wir lassen jetzt nicht nach. Bis in die frühen Morgenstunden stehen gemeinsam mit anderen Roman Huber, Claudine Nierth und Michael von der Lohe vor dem Verhandlungsgebäude und halten Mahnwache mit unserem großen "Volksabstimmungs"-Leuchtballon (siehe Titelseite). Die Gespräche werden verlängert, vertagt und nochmal vertagt...und dann platzt Jamaika.

Ausblick

Im Verlauf der nächsten Stunden und Tage wird klar, wie nah wir wirklich dran waren und noch immer dran sind. Die Jamaika-Verhandlungen sind geplatzt. Aber die Formulierung im Sondierungspapier zeigt ganz deutlich, dass die CDU mit ihrer Ablehnung der direkten Demokratie auf Bundesebene allein steht. Jetzt kommt die SPD ins Spiel. Auch hier hat Mehr Demokratie bereits Kontakte geknüpft und Aktionsideen im Köcher. Wir bleiben dran.



Anne Dänner Leiterin Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.

WO STEHT DIE DIREKTE DEMOKRATIE NACH DER WAHL?

Das Wahlergebnis vom 24. September hat die deutsche Politik durcheinander gewirbelt. Die Vorstandssprecher/innen von Mehr Demokratie, Claudine Nierth und Ralf-Uwe Beck, analysieren im Interview die Situation und die möglichen Entwicklungen.

FRAGEN ANNE DÄNNER UND NEELKE WAGNER

Die SPD hat sich bereit erklärt, ab Januar Gespräche mit der CDU/CSU zu führen. Über das Ergebnis – dies könnte auch eine Neuauflage der Großen Koalition (GroKo) sein – soll ein Mitgliederentscheid wie 2013 stattfinden, verspricht Martin Schulz. Ist das ein gutes Zeichen für die Demokratie?

Für die innerparteiliche Demokratie ist ein Mitgliederentscheid das Mindeste. Viel mehr Sorgen macht mir die GroKo, denn für viele Themen bedeutet sie weitere Jahre des Stillstands: CETA wäre wieder auf dem Tisch, wo Jamaika sich zum Beispiel bereits auf Nichtratifikation geeinigt hat, oder die Tür für Volksabstimmungen wäre wieder zu. Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade die GroKo auch zu diesem Wahlausgang geführt hat.

Die Menschen haben die GroKo abgewählt – so interpretieren Merkel und Schulz das Wahlergebnis. Die SPD hat jetzt stärker als vor der Wahl den Finger in die Wunde gelegt: Viele Vorhaben der schwarz-roten Koalition blieben unerledigt. Folgerichtig wäre nun, sich auf eine GroKo nur wieder einzulassen, wenn der bundesweite Volksentscheid eingeführt wird. Dann könnten die Bürger/innen der Regierung zeigen, wo sie es an Engagement fehlen lässt, könnten eigene Vorschläge auf den Tisch legen, ja bis zu einer Abstimmung durchtragen, und könnten Politik korrigieren.

Beim Thema "bundesweite Volksabstimmung" standen die Sondierenden für eine Jamaika-Koalition mit 3:1 schon kurz vor einem Durchbruch. Jetzt muss von vorn verhandelt werden. Was bedeutet das für die Forderung nach direkter Demokratie auf Bundesebene?

Dass wir dringend Volksabstimmungen brauchen, ist gerade durch die gescheiterten Verhandlungen deutlich geworden. Alle strittigen Themen hätten die Bürger/innen selbst zur Abstimmung bringen können, durch von unten angeschobene Volksinitiativen. Das hätte die Debatte sehr entspannen können, denn was am Ende wirklich inhaltlich mehrheitsfähig ist, hätte sich dann an anderer Stelle gezeigt.

Angela Merkel hat nach dem Abbruch der Jamaika-Sondierung würdigend angemerkt, sie hätte viel gelernt. Vielleicht auch in Sachen direkter Demokratie. Nach unserer Wahrnehmung waren wir nur einen Hauch davon entfernt, den bundesweiten Volksentscheid in ein Regierungsprogramm zu hieven. Wenn CSU, Grüne und FDP standhaft geblieben wären – wovon wir ausgehen – hätte die CDU Jamaika bestimmt nicht an der direkten Demokratie scheitern lassen. Die CSU hat ihre Vorbehalte gegenüber bundesweiten Volksentscheiden aufgegeben, weil sie mit der direkten Demokratie in Bayern so gute Erfahrungen gemacht hat. Idealerweise würde sie jetzt den Gesprächs-

faden zum bundesweiten Volksentscheid aus der Jamaika-Sondierung wieder aufnehmen und – wie schon einmal 2013 – sich mit der SPD einigen. So käme die CDU wieder in Zugzwang.

Wenn keine GroKo zustande kommt, gibt es neben Neuwahlen die Möglichkeit einer Minderheitsregierung. Was sagen die Sprecher/innen des Vorstandes von Mehr Demokratie dazu?

Die Diskussion um die Minderheitsregierung offenbart die Sehnsucht vieler Menschen nach einer wirklich sachorientierten Politik. Viele Bürger/innen, aber auch Politiker/innen selbst empfinden die Rituale zwischen Opposition und Regierung als ermüdend und langweilig. Das umso mehr, als die Idee, die Opposition möge der Regierung den Spiegel vorhalten, die dann in sich geht und so näher an den Interessen der Menschen entscheidet, längst unterlaufen ist. Praxis ist doch eher, Kritik von der Opposition schon deshalb nicht an-, noch weniger aufzunehmen, weil sie von der Opposition kommt.

Ob Neuwahlen, GroKo, Minderheitsregierung oder Wiederaufnahme von Jamaika – im Grunde eine Frage, die nur die Wähler/innen entscheiden können: in einem Volksentscheid mit der Frage: "Was wollt ihr denn jetzt?" Klar, das geht jetzt nicht, es fehlen die Voraussetzungen dafür. Ich bin einer Minderheitsregierung gegenüber sehr aufgeschlossen, da sie vor allem Sachdiskussionen fördert, Sachallianzen schmiedet und im Grunde das Parlament gegenüber der Regierung stärkt. Natürlich erlebt eine Regierung das als instabil, da sie sich ja ständig mit anderen einigen muss. Für die Demokratie und die Öffentlichkeit ist es aber ein sehr spannender Prozess, der unsere Demokratie im derzeitigen Zustand sehr beleben kann.

Könntet ihr euch vorstellen, dass eine Minderheitsregierung den bundesweiten Volksentscheid auf den Weg bringt? Wie könnte das gehen?

Wenn sich die "die politischen Eliten", um es mal spitz zu sagen, auf eine Minderheitsregierung einließen, wäre das bereits eine Revolution, denn so etwas gab es noch nie! Das hieße, die Macht je nach Thema mit unterschiedlichen Akteuren zu teilen und so zu reduzieren. Da wäre auch für Volksabstimmungen ein Fenster, dann könnte ich mir sogar ein 6:1 für eine Grundgesetzänderung vorstellen.

Vermutlich würden öfter Abstimmungen frei gegeben, was ja – wenn dies einmal passiert – als Sternstunde der Demokratie besungen wird. Die Diskussion würde sich deutlicher als derzeit über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg entfalten. Das könnte Blockaden lösen und die Diskussion würde sich vielleicht stärker um das Wie bundesweiter Volksentscheide drehen; damit würde auch das Ob wahrscheinlicher.



"Ohne die Bürger/innen geht es nicht mehr" – das scheint die Erkenntnis der Stunde zu sein. Es gibt bereits Petitionen für einen "Bürgerpakt" oder einen "Koalitionsvertrag der Bürger". Eine "Koalition mit den Bürger/innen" – was bedeutet das konkret? Wie können wir diese Impulse aufgreifen?

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das ist der Bürgerpakt, den uns das Grundgesetz zusagt. Danach müssten die Bürger/innen jederzeit das erste und letzte Wort haben können. Einlösen lässt sich das nur mit der direkten Demokratie, die die repräsentative ergänzt. Selbst wenn die Bürger/innen ihre direkt-



Lichtaktion von Mehr Demokratie im Rahmen der Kampagne "Jetzt ist die Zeit: Volksentscheid. Bundesweit." Foto: Kurt Wilhelmi

demokratischen Möglichkeiten nicht nutzen, aber die gewählte Vertretung stets damit rechnen muss, sorgt dies perspektivisch für Bürgerkoalitionen: Gesetzgebung wird mit mehr Sorgfalt, mehr Zeit angegangen und deutlicher in die Zivilgesellschaft rückgefragt, ob alles bedacht ist, Positionen können nicht einfach übergangen werden. Hier ist die direkte Demokratie der entscheidende Schlüssel.

Den Menschen ist schon lange klar, dass es ohne sie nicht mehr geht – stellt sich die Frage, wann kapieren das auch die Regierenden? Ich meine, wie klein müssen die Volksparteien denn noch schrumpfen, bis der Groschen fällt? /



Claudine Nierth Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie



Ralf-Uwe Beck Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

MINDERHEITSREGIERUNG - WÄRE DAS GUT?¹

Seit die Jamaika-Sondierungen geplatzt sind, wird über mögliche Alternativen zur Großen Koalition debattiert.

VON CHRISTOPH DEGENHART

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!
– an diesen Ausspruch Wilhelms II. fühlt man sich angesichts der Appelle an das staatspolitische Verantwortungsbewusstsein

ersterer erinnert, und auch ominöse Hinweise auf einen möglichen Gesetzgebungsnotstand wecken ungute Assoziationen. Unklare Mehrheitsverhältnisse, vorzeitige Neuwahlen, unsichere und wechselnde Mehrheiten sind demokratische Normalität – mit der umzugehen offenbar nach wie vor Schwierigkeiten bereitet.

Wie hier zu verfahren ist, dafür kann Verfassungsrecht allerdings kein eindeutiges Votum geben - es steckt vor allem den Rahmen ab, den auszufüllen zuallererst den politisch verantwortlich handelnden Organen obliegt. Gleichwohl sind dem Grundgesetz Direktiven zu entnehmen, die, wenn überhaupt, freilich nur in äußersten Grenzen justiziabel sind. So ließe sich durchaus nach der Rolle des Bundespräsidenten fragen, der, in nur geringer zeitlicher Distanz zur Partei- und Tagespolitik, seine Verfassungspflicht zu parteipolitischer Neutralität nicht allzu geschmeidig handhaben sollte, etwa im Zuge (wenn auch informeller) program-

matischer Anregungen für Koalitionsverhandlungen. Dass er sich im Rahmen seines Ermessens dann bei der Ausübung seines Vorschlagsrechts sowie seiner weiteren Befugnisse bei der Wahl des Bundeskanzlers durch den Bundestag vor allem an der Entstehung regierungsfähiger Mehrheiten orientieren wird, entspricht der Ausrichtung des Grundgesetzes auf die Zielsetzung der Regierungsstabilität: die Bildung handlungsfähiger Regierungen. Dies kann jedoch nicht reibungsloses "Durchregieren" bedeuten.

"Eine Minderheitsregierung könnte zur politischen Streitkultur beitragen und die parlamentarische Diskussion vitalisieren."

CHRISTOPH DEGENHART

Die Demokratie des Grundgesetzes ist parlamentarische Demokratie – was etwa die Gegner direkter Demokratie bei anderer Gelegenheit nicht müde werden zu betonen. Große Koalitionen

sollten daher nicht zum Regelfall werden, wenn der Bundestag darüber immer weniger als das zentrale Forum offener und transparenter politischer Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung wahrgenommen werden sollte. So könnte eine Minderheitsregierung durchaus einen Beitrag zur politischen Streitkultur und zur Revitalisierung der parlamentarischen Diskussion leisten und damit das freie Mandat und die parlamentarische Demokratie insgesamt stärken – gerade weil sie die Regierung nicht der mitunter lästigen Obliegenheit entheben würde, im Parlament für ihre Politik zu werben.

Nicht zuletzt auch Fragen der europäischen Integration, für die der Bundestag regelmäßig vom Bundesverfassungsgericht zum Jagen getragen werden musste, könnten so parlamentarisiert und demokratisiert werden. Dass eine Minderheitsregierung nicht notwendig an geschwächter Handlungsfähigkeit leiden müsste, belegen europäische Beispiele zur Genüge. Sie zu wagen, könnte auch bedeuten,

mehr Demokratie zu wagen.

Fazit: Auch wenn jegliches verfassungsrechtliche Votum durch die Ereignisse überholt werden kann, wäre aus verfassungsrechtlicher Sicht die Minderheitsregierung einer unter sanftem präsidialem Druck herbeigeführten großen Koalition vorzuziehen. /



Prof. Dr. Christoph Degenhart Staats- und Verwaltungsrechtler an der Universität Leipzig und Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie.

¹ Wir danken der Rheinischen Post für die Nachdruckgenehmigung! Dort erschien der Artikel am 28. November 2017.

DEMOKRATIE ALS REVOLTE

Albert Camus als Demokratietheoretiker: Ein Befürworter direkter Demokratie?

TEXT **NEELKE WAGNER**

Albert Camus kennen viele als großen Schriftsteller und politischen Denker. Der Politikwissenschaftler Markus Pausch hat Camus' philosophische und politische Überlegungen zu einer Demokratietheorie zusammengefasst, die Pausch mit "Demokratie als Revolte" bezeichnet. Das gleichnamige Buch teilt sich in drei Abschnitte: In den ersten beiden Kapiteln leitet Pausch die Idee einer "Demokratie als Revolte" aus verschiedenen Schriften von Camus her und bettet sie zugleich in die politische Geschichte Europas und aktuelle Demokratietheorien ein. Im zweiten Teil stellt er Überlegungen an, inwieweit die "Demokratie als Revolte" in Institutionen gegossen werden kann. Im dritten Teil geht er auf die Bereiche gesellschaftlichen Lebens ein, in denen die demokratische Revolte erst noch ankommen muss.

Freiheit und Widerspruch

Camus entwickelt in seinem Werk die Idee einer existenziellen Revolte, die mit der Geburt beginnt. Schon da zeige sich, dass Menschen einerseits nach Freiheit streben und andererseits Sicherheit und Geborgenheit brauchen. Dieses Menschenbild ist für die politische Theorie Camus' zentral, denn daraus leitet sich seine These ab, dass ein Mensch dann glücklich ist, wenn er oder sie um die Freiheit kämpfen kann. Pausch illustriert dies mit der berühmten Metapher Camus', nach der wir uns "Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen" müssen.

Die Demokratie ist für Camus kein starres System, sondern muss sich immer wieder verändern, weil sie ihr Ideal niemals erreichen kann. Darin bestehe die Sisyphos-Arbeit der Demokrat/innen, und in ihr sieht Pausch mit Camus ihren wesentlichen Unterschied zu einer Diktatur: Ein demokratisches System verkörpert nicht das einzig Wahre, das Gute im Gegensatz zum Bösen, sondern es lebt vom Aufbegehren gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit, vom Zweifel an vorgefertigten Glaubenssätzen und vom Aufbruch ins Unbekannte. Solche Revolten geben den Anstoß zur Veränderung und zur Verbesserung. Sie sind das eigentliche Wesen der Demokratie, die als einzige Staatsform die widersprüchlichen Bedürfnisse der Menschen berücksichtige. Der Schutz der Menschenrechte und eine rechtsstaatliche Verfassung sichern die Grundlage, auf der die Einzelnen sich frei entfalten können.

Direkte Demokratie als Instrument der Revolte

Wie lässt sich dieses Bild einer unabgeschlossenen, sich ständig weiter entwickelnden politischen Form auf einen Staat übertragen? Pausch schließt Camus hier an partizipatorische Demokratie-Modelle an, die die Teilhabe der Bürger/innen in den Mittelpunkt stellen. Die direkte Demokratie bedeute eine "Institutionalisierung des Widerspruchs" und leiste damit einen wichtigen Beitrag zu einer Demokratie im Sinne Camus', in der die Menschen jederzeit Widerspruch anmelden und eigene Mehrheiten organisieren können. Gerade weil die Revolte der Einzelnen als Ausgangspunkt von Camus' Demokratietheorie gelten kann, sei die Möglichkeit, dass die Bürger/innen direkt und selbstbestimmt in die Politik eingreifen können, elementar. Dies gelte auch für die Lebensbereiche, die (noch) hierarchisch organisiert sind, etwa die Schulen und die Arbeitswelt. Hier haben schon vielfältige Demokratie-Revolten stattgefunden - und müssen noch stattfinden, damit die Gesellschaft insgesamt demokratischer organisiert wird, lautet Pauschs Fazit.



Prof. (FH) Dr. Markus Pausch: "Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung", Nomos-Verlag Baden-Baden 2017, 184 Seiten, 29 Euro. ISBN: 978-3-8487-1918-1

Pauschs Buch bietet eine erfrischende und fachlich fundierte Analyse des politischen Denkens von Albert Camus und zugleich eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebensbereiche, in denen eine Demokratie-Revolte dringend vonnöten ist. Ein lesenswertes Buch!



Neelke Wagner Politikwissenschaftlerin, Leiterin Publikationen bei Mehr Demokratie.

MIT 83.000 BÜRGER/INNEN FÜR EINE BESSERE EBI

Im Bündnis mit Democracy International und anderen bringt Mehr Demokratie die Europäische Bürgerinitiative voran.

VON NEELKE WAGNER UND DANIELA VANCIC

Unterschriftenübergabe in Brüssel mit (v. l. n. r.) Bruno Kaufmann, Daniela Vancic, Carsten Berg und Elisa Lironi vom ECI Rescue Team.



Die EU-Kommission macht ernst: Im Frühjahr kündigte ihr erster Vizepräsident, Frans Timmermans, eine umfassende Überarbeitung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) an. Democracy International, Mehr Demokratie, ECAS, The ECI Campaign und WeMove gründeten daraufhin das "ECI-Rescue-Team", das Team zur Rettung der EBI. Es erstellte einen leicht verständlichen Leitfaden, mit dessen Hilfe auch Lai/innen an der öffentlichen Online-Befragung teilnehmen konnten, mit der die EU-Kommission Ideen zur Zukunft der EBI abfragte. Die Online-Befragung bot einen direkten Weg, um der Kommission zu vermitteln, welche Verbesserungen den Bürger/innen besonders am Herzen liegen. Doch setzt das Design solcher Konsultationen viel Wissen und Zeit voraus, so dass sich normalerweise nur Expert/innen dort zu Wort melden. Anders bei der EBI: "Wir können mit Stolz sagen, dass eine bemerkenswert hohe Anzahl von 5.300 Leuten mitgemacht haben. 98 Prozent davon waren Bürgerinnen und Bürger", freute sich die Koordinatorin des Teams, Daniela Vancic.

EU-Kommission offen für Gespräche

Am 30. August lud Timmermans wichtige Unterstützer/innen der EBI, darunter das Rescue-Team, zu einem Treffen ein. "Wir haben festgestellt, dass wir viele Gemeinsamkeiten hatten, insbesondere das Ziel, die EBI bei den Bürger/innen bekannter zu machen. Dann können politische Parteien und Interessengruppen das Instrument weniger für ihre persönliche Agenda missbrauchen, wie es derzeit oft passiert. Am Ende des Treffens überreichten wir Herrn Timmermans die Unterschriften von 100.137 Bürger/innen, die eine EBI fordern, die benutzerfreundlicher, bekannter und gesetzgeberisch wirksamer ist", erzählt Vancic.

Gute Ansätze, wichtige Lücken

Den Vorschlag, den die EU-Kommission Mitte September vorgelegt hat, sehen die Aktivist/innen als einen Schritt in die richtige Richtung. Einige ihrer Empfehlungen finden sich dort wieder, zum Beispiel:

- Das Teilnahmealter wird auf 16 Jahre gesenkt.
- Initiator/innen können den Startzeitpunkt für die Unterschriftensammlung selbst wählen.
- Sie können für die Verwaltung der EBI eine eigene Rechtspersönlichkeit gründen und damit die persönliche Haftung limitieren und
- sie können die Initiative ändern.
- Erfolgreiche EBIn bekommen eine öffentliche Anhörung im EU-Parlament.



"Die Demokratie in der EU hat jetzt eine echte Chance zur Verbesserung!"

DANIELA VANCIC
(KOORDINATORIN "ECI RESCUE TEAM")

Aber der wahrscheinlich wichtigste Punkt – dass eine erfolgreiche EBI künftig die EU-Kommission bindet – fehlt. "In unserem Positionspapier haben wir elf Empfehlungen an die Kommission aufgeführt, sechs davon wurden teilweise akzeptiert, zwei vollständig und drei entweder abgelehnt oder nicht erwähnt", erläutert Vancic. "Es ist schade, dass die Verbindlichkeit nicht angegangen wurde, aber wir sind insgesamt froh, dass die EBI vorankommt und an Effektivität gewinnt."

Schlechter Umgang mit dem EU-Parlament

Dass die EU-Kommission ihren Vorschlag veröffentlichte, ohne auf die Stellungnahme des EU-Parlaments zu warten, sorgte dort für Ärger. Der Berichterstatter des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO), György Schöpflin, legte im Juni einen Berichtsentwurf mit Empfehlungen an die Kommission vor. Diesen Bericht hatte der Ausschuss in einer ersten Runde diskutiert und für eine Abstimmung im Ausschuss und im Plenum des Parlaments vorgesehen. Die EU-Kommission berücksichtigte diese Empfehlungen jedoch nicht, und die Mitglieder des AFCO haben dies auf der darauffolgenden Sitzung mit der Kommission stark kritisiert. Democracy International und andere Organisationen, die für eine bessere EBI kämpfen, unterstützten Schöpflins Bericht und seine Empfehlungen an die Kommission.

Die Arbeit geht weiter!

Der Vorschlag der EU-Kommission wird in den nächsten zwei Jahren den mehrstufigen Gesetzgebungsprozess des EU-Parlaments und des Rates durchlaufen. Das neue Gesetz könnte dann 2020 in Kraft treten. "Die EU-Mitgliedstaaten, das Parlament und der Rat sollten die Gelegenheit nutzen, die EBI als Instrument zu stärken", lautet Vancics Appell. "Die Demokratie in der EU hat jetzt eine echte Chance zur Verbesserung, so dass sich die Bürger/innen wirklich stärker mit der EU verbinden können." /

ZUM WEITERLESEN:

Vorschlag der EU-Kommission:

europa.eu/rapid/press-release_IP-17-3187_de.htm

Position von Mehr Demokratie:

www.mehr-demokratie.de/ fileadmin/pdf/2017-08-03_MD-Position_EBI-Konsultation.pdf

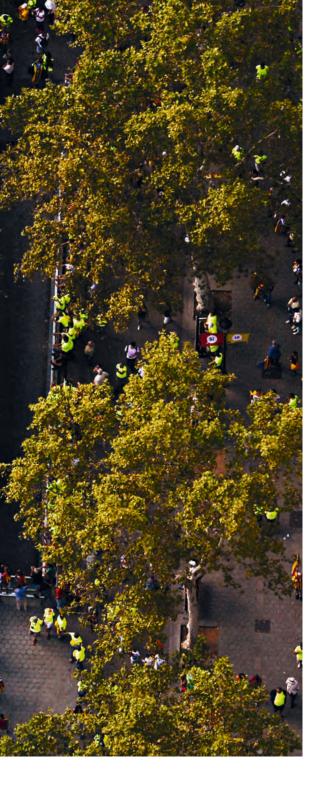


Demonstration für das Unabhängigkeitsreferendum in Barcelona am 11. September 2017. Foto: assemblea.cat / FlickR (CC BY-NC 2.0)

DIE KATALANISCHE KRISE ALS EUROPÄISCHE KRISE

Die Situation in Spanien ist verfahren. Helfen könnte eine Verfassungsreform und ein Umdenken in der Europäischen Union.

VON STEFAN PADBERG



1. Oktober 2017 in Barcelona. Hochgerüstete Polizeieinheiten der Zentralregierung hindern Bürger/innen daran, wählen zu gehen. Wahlurnen werden beschlagnahmt, Wähler von Wahllokalen abgedrängt, Wahllokale geschlossen. Die digitale Infrastruktur zum Auszählen der Stimmen hatte die *Guardia Civil* schon im Vorfeld beschlagnahmt. Alles nur, um einen Volksentscheid über die Zugehörigkeit Kataloniens zum spanischen Staat zu verhindern.

Was ist dort los? Warum müssen wir diese verstörenden Bilder sehen, die so gar nicht zu dem Bild passen, das wir von Spanien haben? Woher kommt die Härte, mit der die spanische Regierung auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien

reagiert? Warum ist in Spanien nicht möglich, was in Großbritannien möglich war, wo Schottland ein Unabhängigkeitsreferendum abhalten durfte?

Hier die komplexe Geschichte des katalanisch-kastilischen Konfliktes zu erörtern, führte zu weit. Es ist einfach festzuhalten, dass mit einer Rechtsordnung etwas nicht stimmen kann, die es zulässt, dass friedliche Bürger/innen an der Teilnahme an einer friedlichen Demonstration gehindert werden, dass gewählte Politiker/innen ins Gefängnis gesteckt werden, wenn sie sich entsprechend ihres Mandates verhalten.

Der kastilisch-katalanische Konflikt als Verfassungskonflikt

Die spanische Zentralregierung vertritt eine streng am geltenden Gesetz orientierte Position, derzufolge jede Bestrebung, die auf die Unabhängigkeit Kataloniens abzielt, verfassungswidrig sei. Sicherlich sieht die spanische Verfassung solche Referenden nicht vor, aber daraus könnte genauso gut der Handlungsauftrag folgen, die Verfassung zu ändern. Schließlich gilt die spanische Verfassung seit ihrem Inkrafttreten 1978 praktisch unverändert, ihre Anpassung an ein geändertes Rechtsempfinden könnte nach fast vierzig Jahren vielleicht angebracht sein. Hinter der legalistischen Fassade der Regierung in Madrid verbirgt sich ein massiver Veränderungs*un*wille, der die Situation vollständig blockiert hat.

Dabei ist die spanische Verfassung durchaus offen für eine vertikale Machtteilung. Sie enthält im umfangreichen Titel VIII zahlreiche Artikel zur territorialen Gliederung des Staates, insbesondere in Kapitel III eine Sammlung von 16 Artikeln zu den sogenannten Autonomen Gemeinschaften. Den gesetzlichen Unterbau der Autonomie bildet das Autonomiestatut. Die Autonome Gemeinschaft in spe gibt sich ein solches Statut und ist damit konstituiert. Im Unterschied zu den deutschen Bundesländern oder den Schweizer Kantonen bedarf dies aber der Zustimmung durch das nationale Parlament, die *Cortes Generales*. Die Autonomen Gemeinschaften können also aus sich selbst heraus keine Souveränität beanspruchen. Daraus entsprang letztendlich der Konflikt, der im September 2017 so wild eskalierte.

Zur Vorgeschichte

Nach dem Tode Francos 1975 begann der schrittweise Übergang zur Demokratie. Am 15. September 1977 fanden in Spanien die ersten freien Wahlen seit 1936 statt, und zwei Wochen später gab der damalige spanische Ministerpräsident Adolfo Suárez dem katalanischen Drängen nach und stellte die *Generalitat*, die Gesamtheit der politischen Institutionen in Katalonien, "provisorisch" wieder her – noch bevor es eine gesamtspanische Verfassung gab, denn die wurde erst am 6. Dezember 1978 verabschiedet. Die *Generalitat* bereitete das katalanische Autonomiestatut vor, welches 1979 per Referendum bestätigt und von den *Cortes Generales* ratifiziert wurde.

Das Verhältnis zwischen Madrid und Barcelona war schon damals nicht spannungsfrei, die Inkraftsetzung des Autonomiestatuts 1979 beruhigte es jedoch.



Spaniens Premierminister Mariano Rajoy setzt am 27. Oktober die katalanische Regionalregierung ab und kündigt Neuwahlen an (Foto links, Pool Moncloa/Diego Crespo), nachdem Kataloniens Regierungschef Carles Puigdemont am 10. Oktober die Unabhängigkeit erklärt und Madrid zu Verhandlungen darüber aufgefordert hatte (Foto rechts, Generalitat de Catalunya).

Im November 2005 verabschiedete das katalanische Parlament ein neues Autonomiestatut. Dieses Recht steht ihm laut spanischer Verfassung zu. Diese Reform sollte unter anderem Änderungen einpflegen, die sich durch den Beitritt Spaniens zur EU ergeben hatten, aber darüber hinaus erweiterte es die regionalen Zuständigkeiten. Die *Cortes Generales* bestätigten es im Mai 2006 nach langen und emotionalen Verhandlungen und vielen Änderungen. In einem abschließenden Referendum sprachen sich 73,9 Prozent der Katalan/innen für das neue Statut aus, sodass es im August 2006 in Kraft treten konnte.

Diesen Kompromiss am Ende eines demokratischen Prozesses konnte der *Partido Popular* (die spanische Schwesterpartei der CDU) nicht akzeptieren. Er klagte deshalb beim spanischen Verfassungsgericht und griff 114 der insgesamt 223 Artikel des Autonomiestatuts als verfassungswidrig an. Nach fast vierjähriger (!) Beratung verkündete das Gericht schließlich im Juni 2010 sein Urteil, in dem es vierzehn Artikel des Autonomiestatuts für verfassungswidrig erklärte und bei 27 weiteren Artikeln eine verfassungskonforme Auslegung vorschrieb.

Die konservative Seite rieb sich insbesondere an dem Begriff der "katalanischen Nation", der in der Präambel des katalanischen Autonomiestatuts auftaucht. Dies wiederum erinnerte viele Katalan/innen an die Franco-Zeit, in der das Land zentral von Madrid aus verwaltet worden war, mit der emphatisch vorgetragenen Begründung, dass die "spanische Nation unteilbar" sei. Auf dieser unseligen Tradition mag es beruhen, dass in der spanischen Verfassung im Artikel 2 ebenfalls von der "Unteilbarkeit der spanischen Nation" gesprochen wird, wobei auf der anderen Seite klar gestellt wird, dass die verschiedenen "Nationalitäten" innerhalb Spaniens ein Recht auf Autonomie haben. Die katalanischen Nationalist/innen ihrerseits bestehen darauf, als "Nation" das Recht auf einen eigenen Staat zu haben. Dem glaubte das Verfassungsgericht einen Riegel vorschieben zu können, indem es klarstellte, dass sich aus der Bezeichnung

"Nation" in der Präambel des katalanischen Autonomiestatuts keine Sonderstellung im Verhältnis zu den anderen Autonomen Gemeinschaften ableiten ließe, dass es sich also nur um eine rein rhetorische Floskel handeln dürfe.

Die Verfassungsrichter/innen hatten außerdem den im Autonomiestatut vorgesehenen Aufbau eines katalanischen Justizsystems abgelehnt. Und sie stuften es als verfassungswidrig ein, dass die katalanische Sprache in den Schulen und der Verwaltung einen Vorrang vor der spanischen bekommen sollte.

Ein auf diese Weise gerupftes Autonomiestatut traf in Katalonien naturgemäß nicht auf Gegenliebe. Es kam zu großen Protesten in Barcelona mit mehreren 100.000 Teilnehmer/innen, und über 1.000 Bürgermeister/innen und Gemeinderäte in Katalonien unterzeichneten ein "Manifest für Entscheidungsfreiheit". Der Gemeinderat eines Küstenorts nahe der französischen Grenze erklärte sich "moralisch aus der spanischen Verfassung ausgeschlossen", denn das katalanische Streben nach Selbstbestimmung finde nach dem Urteil keinen Raum mehr innerhalb der Verfassung. Außerdem stellte der Gemeinderat die spanische Souveränität über Katalonien in Frage. Bis Dezember 2010 folgten über 110 weitere Städte und Gemeinden diesem Beispiel, darunter auch neun Kreisstädte.

In diesem Moment wurde die Verfassungskrise offenbar: Wer hat das Sagen in Katalonien, die Zentralregierung oder die Regionalregierung und die Gemeinden? Damals wäre ein guter Moment gewesen, die Frage zu stellen, ob das Verhältnis zwischen zentralen und regionalen Institutionen in der Verfassung nicht besser gelöst werden müsste. Doch stattdessen wurde die Schraube weiter gedreht.

Der kastilisch-katalanische Konflikt als Verteilungskonflikt

Die Finanzkrise 2007/08 setzte dem Bauboom in Spanien ein Ende, der mit der Einführung des Euro und den damals niedrigen Zinssätzen begonnen hatte. Zuerst versuchte der spanische



Demonstration für das Verbleiben Kataloniens in Spanien am 30. September 2017 in Barcelona. Foto: Fotero / FlickR (CC BY-SA 2.0)

Staat noch die Banken zu stützen, aber im Jahre 2012 flüchtete er nach einigem Zögern schließlich doch unter den Euro-Rettungsschirm. Als Gegenleistung musste ein brutales Sparpro-

gramm beschlossen werden, das die spanische Wirtschaft in eine schwere Krise stürzte, von der sie sich bis heute nicht wirklich erholt hat.

Die Schuldenkrise betraf nicht nur den spanischen Staat, sondern auch die Regionalverwaltungen. Katalonien war mit 42 Milliarden Euro die mit Abstand am stärksten verschuldete Region. Gleichzeitig erwirtschaftet es ein Viertel des spanischen Bruttoinlandsproduktes. Vermutlich hätte es die Schuldenkrise aus eigenen Kräften bewältigen können, wenn es die Steuerhoheit gehabt hätte. Die spanische Verfassung sichert der Region Navarra und dem Baskenland diese Steuerhoheit "aus historischen Gründen" zu, Katalonien dagegen nicht. Im Autonomiestatut von 2006 kommt dieses Thema nicht vor, denn erst die Sparpolitik der Zentralregierung ab 2012 brachte die Steuerhoheit in die öffentliche Diskussion. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die nationalistischen Kräfte in Katalonien verstärkt Kurs auf die Unabhängigkeit und erklärten die Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums zu ihrem Hauptziel. Gleichzeitig beharrte die Zentralregie-

rung darauf, dass diese Bestrebungen nicht mit der spanischen Verfassung zu vereinbaren seien. Damit begannen die Züge aufeinander zu zu rasen.

Paradoxien und Sackgassen

Von außen fällt es leicht, bestimmte paradoxe Muster in dieser Entwicklung auszumachen.



"Verschiedene Paradoxien bewirken, dass bei allen Akteuren ständig das Gegenteil dessen herauskommt, was sie sich wünschen."

STEFAN PADBERG

- 1. Die Art, wie die "Unteilbarkeit der spanischen Nation" in die politische Praxis umgesetzt wurde (Verbot des Referendums, Verfassungsgerichtsurteile, brutale Polizeieinsätze), hat die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien gestärkt.
- 2. Die "Unabhängigkeit Kataloniens" soll Kataloniens wirtschaftliche Situation verbessern. Das funktioniert aber nur, wenn diese Unabhängigkeit im Einvernehmen mit Spanien und der EU erreicht wird.
- 3. Das Unabhängigkeitsreferendum wirkt nur dann verpflichtend, wenn eine Verfassungsreform ihm eine rechtliche Grundlage gibt. Der katalanische Nationalismus hat aber offensichtlich kein Interesse daran, eine Verfassung zu reformieren, von der man sich seit dem Verfassungsgerichtsurteil 2010 "moralisch ausgeschlossen" fühlt.
- 4. Die Austeritätspolitik der EU hat die Banken-, Finanz- und Schuldenkrise in vielen EU-Staaten angeheizt, wodurch Anti-Euro- und Anti-EU-Kräfte sowie regionale Nationalismen gestärkt wurden.
- 5. Und schließlich erweist sich die Maxime "Die EU ist eine Gemeinschaft von Staaten und mischt sich nicht in de-

ren innere Angelegenheiten ein" als zweischneidiges Schwert, weil dadurch den Katalan/innen und anderen ähnlich gearteten Bewegungen signalisiert wird, dass sie ihre "nationalen Rechte" •

nur erlangen können, wenn sie eigenständige Mitgliedsländer in der EU werden.

Diese Paradoxien bewirken, dass bei allen Akteuren ständig das Gegenteil dessen herauskommt, was sie sich wünschen. Spieltheoretisch sind solche Situationen eine Variation des als *Gefangenendilemma* bekannten Szenarios. Die verschiedenen Akteure müssten miteinander reden und Lösungen erarbeiten, die vielleicht unterhalb ihren Maximalforderungen liegen, aber insgesamt eine Verbesserung für alle bewirken (*win-win-win-Situation*).

Räumliche Neugliederung von Verwaltungseinheiten

Mehr Demokratie geht davon aus, dass die Bürger/innen einer Region, eines Bundeslandes oder Kantons das Recht haben, über den Zusammenschluss mit anderen Verwaltungseinheiten selbst zu entscheiden. In Deutschland etwa wurden die drei Bundesländer Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden aufgrund eines Volksentscheids 1951 zusammen gelegt, und die Saarländer/innen stimmten 1955 darüber ab, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören wollen.

Wenn solche Zusammenschlüsse und Eingliederungen durch Volksabstimmungen möglich sind, sollte das nicht auch umgekehrt für die Abtrennung oder Aufteilung einer Region gelten? Mehr Demokratie hat hierzu Verfahrensvorschläge entwickelt, die demnächst in einem Positionspapier veröffentlicht werden. Wichtig ist, dass diese Verfahren

- bürgerinitiiert sind,
- eine mindestens einjährige Diskussionsphase vor der Abstimmung vorsehen,
- genau herausarbeiten, was sich durch die Zusammenlegung oder Abtrennung ändern soll,
- Pro und Contra gleichberechtigt darstellen,
- alle Bürger/innen der betroffenen Region/en abstimmen lassen.

Der Katalonien-Konflikt zeigt, dass eine Volksabstimmung ohne gesetzlichen Rahmen durchzuführen den Konflikt nicht löst, weil ihr Ergebnis so keine bindende Wirkung erlangen kann. Deshalb müssen solche Volksabstimmungen im Gesetzeskorpus der übergeordneten Verwaltungseinheit verankert sein. Der ideale Platz dafür ist unserer Ansicht nach die Verfassung.

In Spanien blockiert die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts eine Lösung, wie sie im Falle des Unabhängigkeitsreferendums in Schottland umgesetzt wurde. Dort konnte das Referendum durch einen einfachen Gesetzesakt des Westminster Parlaments legitimiert werden. Spanien braucht dagegen eine Verfassungsänderung, damit die legale Möglichkeit von Umgliederungen, Zusammenlegungen und Abtrennungen per Volksab-

stimmung geschaffen wird. Nicht zuletzt scheint die föderale Struktur in Spanien eine grundsätzliche Reform wirklich nötig zu haben.

Und die EU?

Das Konzept einer dezentralen EU, das Mehr Demokratie entwickelt hat, gibt eine zeitgemäße Antwort auf diesen Konflikt. Wir müssen in ganz Europa die Diskussion darüber beginnen, welche Aufgaben auf regionaler, welche auf nationaler und welche auf EU-Ebene verantwortet werden sollen. Jede Verfassung, egal auf welcher Ebene, muss in Zukunft einen Kompetenzkatalog enthalten, aus dem ersichtlich ist, für welche Aufgaben die Institutionen zuständig sind, die mit dieser Verfassung begründet werden. Darüber hinaus braucht jede Verfassung geregelte Verfahren, mit denen untergeordnete Einheiten aussteigen können, wenn sie das wollen – etwa wenn sie in der größeren Einheit dauerhaft überstimmt werden. Wenn die Aufgaben sinnvoll zwischen EU-, Länder- und Regionalebene aufgeteilt sind, wäre es nichts weiter als eine Umorganisation der Verwaltungsstrukturen, wenn sich eine Region eines Mitgliedslandes abtrennt.

Zugleich müsste die EU finanzielle Ausgleichsmechanismen umfassen, um die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Regionen auszugleichen, damit sich nicht reiche von armen Regionen abkoppeln. Es sollten auch in der reorganisierten EU für alle Bürger/innen auskömmliche Lebensverhältnisse erreichbar sein. /

ZUM WEITERLESEN

Positionspapiere von Mehr Demokratie:

www.mehr-demokratie.de/themen/europa-undinternational/demokratisierung-der-eu (Themen: "Europa neu denken und gestalten" und "Für einen Europäischen Bürgerkonvent")

Artikel von Dr. Paul Tiefenbach (Juli 2014):

www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2014-07-07_md-magazin_Paul_Tiefenbach_Krim_Donezk_ Katalonien.pdf



Stefan Padberg Koordinator des AK "Europa und Welt" bei Mehr Demokratie.

KURZ NOTIERT

Demokratie-Nachrichten aus Europa und der Welt.

Australien

Knapp zwei Drittel der Australier/innen sprachen sich bei einer Volksbefragung per Brief für die Öffnung der Ehe für alle aus. Die Befragung war rechtlich nicht bindend. Das hatte die Opposition blockiert, da sie die Befragung für zu teuer und überflüssig hielt.

Im Vorfeld wurde viel spekuliert, wie hoch die Beteiligung beim Volksentscheid sein würde, da es sich um ein freiwilliges Votum handelt. Mit 79,5 Prozent lag sie vergleichsweise hoch. 61,6 Prozent der Wähler/innen sprachen sich dafür aus, die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen. 38,4 Prozent stimmten dagegen. Bei Wahlen und bindenden Volksentscheiden sind Australier/innen normalerweise zur Teilnahme verpflichtet, wenn sie nicht mit einem Bußgeld rechnen möchten. Aktuell wird die Umsetzung der "Ehe für alle" im australischen Parlament diskutiert.

Irak

Am 25. September stimmten die Menschen in den kurdischen Gebieten im Nordirak darüber ab, ob "die Region Kurdistan und kurdische Gebiete, die außerhalb der Regionalverwaltung liegen, ein unabhängiger Staat werden" sollen. Eine überwältigende Mehrheit stimmte mit "Ja". Die Abstimmung war allerdings nicht bindend und wurde abgehalten, ohne dass klar war, um welche Gebiete es ging oder wer alles abstimmungsberech-

tigt war. Das oberste irakische Gericht erklärte sie für verfassungswidrig. Die Zentralregierung in Bagdad beantwortete das Referendum mit einer Militäroffensive und besetzte wirtschaftlich wichtige Gebiete, die zuvor von den Kurd/innen kontrolliert wurden. Angesetzt hatte das Referendum der Chef der kurdischen Autonomieregierung, Masud Barzani, der mittlerweile zurückgetreten ist.

Irland

Im Mai oder Juni 2018 ist eine Abstimmung zur Lockerung des Abtreibungsgesetzes in Irland geplant. Bisher hat Irland europaweit das strengste Abtreibungsgesetz. Der Frau droht eine Haftstrafe von bis zu 14 Jahren, selbst wenn die Abtreibung nach einer Vergewaltigung erfolgt oder die Gesundheit der Schwangeren bedroht ist. Nur bei akuter Lebensgefahr oder Suizidgefahr der Schwangeren ist eine Abtreibung in Irland legal. Viele Frauen weichen deshalb ins Ausland aus, wo eine Abtreibung erlaubt ist.

Dies könnte sich jedoch bald ändern, wenn die Ir/innen sich für die Abschaffung des 8. Zusatzartikels ihrer Verfassung entscheiden, der derzeit das Leben des Fötus mit dem der Mutter gleichstellt und daher de facto eine Abtreibung verbietet.

Neuseeland

Premierministerin Jacinda Ardern möchte in den nächsten drei Jahren das Volk über die Legalisierung von Cannabis entscheiden lassen. Stimmen die Bürger/innen zu, wäre Neuseeland nach Uruguay das zweite Land der Welt, das Cannabis legalisiert.

Niederlande

Im März 2018 soll im Zuge der Kommunalwahlen in den Niederlanden eine Volksabstimmung stattfinden, über das umstrittene Gesetz zur Überwachung der Telekommunikation. 380.000 Niederländer/innen hatten den Antrag auf ein Referendum unterzeichnet, weit mehr als die 330.000, die notwendig sind, um ein Referendum zu erzielen. Rechtlich bindend wäre eine solche Abstimmung jedoch nicht.

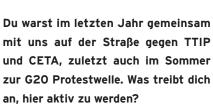
Schweiz

Am 4. März soll in der Schweiz über die "No-Billag"-Initiative abgestimmt werden. Billag sind in der Schweiz die Rundfunkgebühren, die sich momentan noch auf 451 Franken (rund 387 Euro) belaufen. Die Initiative fordert die Abschaffung der Gebühren und der Subventionen für Radio- und Fernsehstationen. Die Schweizer Regierung lehnt dies ab. Um den Gegner/innen den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte sie bereits angekündigt, die Gebühren ab 2019 auf 365 Franken zu senken. Auch dann läge der Schweizer Rundfunkbeitrag noch deutlich über dem deutschen, der sich auf circa 210 Euro jährlich pro Haushalt beläuft. /

STIFTEN FÜR DIE DEMOKRATIE

Der Mehr Demokratie-Stiftungsfonds unter dem Dach der GLS Treuhand soll die Arbeit des Vereins langfristig unterstützen. Seit seiner Gründung 2015 ist die Gründungssumme von 100.000 Euro auf mittlerweile 347.904 Euro angewachsen. Ein Mehr Demokratie-Mitglied, das den Stiftungsfonds mit einer Zustiftung bedacht hat, ist Karde Wirtz. Hier erzählt sie, warum.

FRAGEN KATRIN TOBER



Mir liegt sehr daran, die Europäische Union im demokratischen Sinne weiter zu entwickeln, mit einer ausgewogenen Gewaltenteilung. Deshalb hat mich erschreckt, wie bei den Freihandelsabkommen durch regulatorische Kooperation und Schiedsgerichte die Handlungsspielräume für die Demokratieentwicklung massiv eingeengt werden – und dies mit langfristiger internationaler Verbindlichkeit und einer de-facto-Festlegung auf Freihandel als vorrangigem Wert. Wo bleibt da die Möglichkeit der Menschen, demokratisch die Wertehierarchie zu verändern?

Du hast uns nicht nur aktiv im Rahmen dieser Kampagnen unterstützt,

sondern 2015 auch eine Zustiftung in den Vermögensstock des Mehr Demokratie-Stiftungsfonds gegeben. Was hat dich hierzu motiviert?

Mehr Demokratie arbeitet überparteilich für strukturelle Themen, die auch mich umtreiben. Diese Arbeit möchte ich unterstützen. Außerdem konnte ich aufgrund der Steuerreduzierung mehr hineingeben, als ich ohne gemacht hätte.

Angesichts der Niedrigzinspolitik stehen viele Stiftungen vor enormen Herausforderungen, weil die Zinserträge heutzutage deutlich geringer ausfallen als noch vor ein paar Jahren¹. Das



hat dich aber nicht von einer Zustiftung abgehalten. Warum?

Demokratie ist ein langfristiges Thema, das nie abgeschlossen sein wird. Sie ist die Staatsform, die in sich auf Veränderung angelegt ist. Gerade deshalb braucht eine Demokratie-NGO eine langfristige finanzielle Basis. Und in Zeiten des Umbruchs, wie wir sie zur Zeit erleben, finde ich dies besonders wichtig. Da wollte ich mich von möglichen schlechten Zinssätzen nicht abschrecken lassen.

Unser Hauptziel, die Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide, haben wir bisher noch nicht erreicht. Was glaubst du, wie lange werden wir noch brauchen?

Tja, wenn ich das wüsste... Ich kann mir jedenfalls gut vorstellen, dass die CDU ihre Einstellung ändert. Auch in der Vergangenheit hat sie sich ja durchaus zu Positionsänderungen durchringen können.

¹ Trotz des anhaltenden Trends zu einem niedrigen Zinsniveau konnte die GLS Treuhand das Jahr 2016 mit einem Zinsertrag von 3,2 Prozent abschlieβen.



...Wer bestimmt im ganzen Land? Aktion für bundesweite Volksentscheide am 28. August 2017 in Bremen.

Und warum unterstützt du diese Forderung?

Ganz persönlich möchte ich einfach mitentscheiden können. Als Teil des Souveräns ist dies mein gutes Recht. Nur alle paar Jahre zu wählen ist mir zu wenig und der Weg über Parteien zu starr. Wir Bürger/innen brauchen die Möglichkeit, einzelne Themen zu setzen und darüber abzustimmen. Dies wäre eine hervorragende Ergänzung zu unserem repräsentativen System.

Ganz allgemein tragen gut geregelte, dialogische Verfahren der Bürgergesetzgebung erheblich zur inneren Verbundenheit der Menschen mit dem politischen System bei und sie binden gute Ideen und Engagement aus der Zivilgesellschaft ein. /



Karde Wirtz Mitglied von Mehr Demokratie, Juristin, organisatorisch tätig in der Familienbildung und Kindertagesbetreuung.

STIFTEN UND VERERBEN

Kontakt

Mehr Demokratie e. V. Katrin Tober Tel.: 0421-79 46 370 katrin.tober@ mehr-demokratie.de GLS Treuhand Christiane Altenkamp Tel.: 0234-579 753 51 christiane.altenkamp@ gls-treuhand.de

Mehr Informationen

www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html

KONTOVERBINDUNG DES STIFTUNGSFONDS FÜR WEITERE ZUSTIFTUNGEN UND SPENDEN

Kontoinhaber: Dachstiftung für individuelles Schenken

Kontoverbindung:

IBAN: DE54 4306 0967 0103 7008 00 BIC: GENODEMIGLS bei der GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum

Verwendungszweck:

Stiftungsfonds MEHR DEMOKRATIE-Stiftung

LÄNDERTELEGRAMM

mit Terminen vor Ort

Bayern

Im Herbst 2018 wird der Landtag neu gewählt. Die Landesmitgliederversammlung am 18. November in Augsburg beschloss deshalb, zwei Forderungen besonders in den Blick zu nehmen: Auf Landesebene soll der Zulassungsantrag für ein Volksbegehren in eine Volksinitiative umgewandelt werden. Dann hätten erfolgreiche Initiator/innen ein Rederecht im Landtag. Zweitens fordert der Verband, dass der Bürgerantrag durch einen Einwohnerantrag ersetzt wird, an dem sich auch Jugendliche und Einwohner/innen ohne deutschen Pass beteiligen können. Bayern ist das einzige Bundesland, wo das noch nicht geht. Zu beiden Themen wird der Landesverband sowohl das Gespräch mit allen Parteien suchen als auch Informationsveranstaltungen organisieren. Zudem wird es Anfang des Jahres wieder eine Kooperation mit der Vollmar-Akademie und Demokratie-Workshops von Mehr Demokratie-Aktiven in Nürnberg geben.

Baden-Württemberg

In Kooperation mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz fand am 30. September eine Wanderung auf das Hambacher Schloss mit anschließendem Demokratie-Fest statt. Das Fest war der Abschluss einer dreiwöchigen Tour zur Bundestagswahl und zugleich Start der Unterschriftensammlung für die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Planungen für eine Neuauflage fanden direkt im Anschluss statt.

Der Landtag arbeitet an einer Reform des Landtagswahlrechts. Geplant ist die Einführung eines Personalisierten Verhältniswahlrechts mit geschlossener Landesliste. Der Landesverband wird den Prozess von außen begleiten und fordert weitergehende Schritte wie die Einführung eines Zwei-Stimmen-Wahlrechts.

Im 1. Quartal 2018 startet die Sammlung für den Volksantrag "Mehr Demokratie in den Landkreisen". Ziel ist die Einführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Landkreisebene.

Bremen

Die von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE geplanten Änderungen beim Bremer Wahlrecht waren zum Redaktionsschluss Ende November noch immer nicht beschlossen, weil die entscheidende Sitzung des zuständigen Ausschusses und somit auch der endgültige Beschluss der Bremischen Bürgerschaft sich mehrmals verschoben. Die Änderungen verringern den Einfluss der Bürger/innen auf die personelle Zusammensetzung des Parlamentes. Deshalb berät Mehr Demokratie mit seinen Mit-

gliedern über den Start eines Volksbegehrens, um die Einflussrechte der Bürger/innen zu verteidigen. Das Volksbegehren soll in einen Volksentscheid münden, der im Mai 2019 zusammen mit der Bürgerschaftswahl stattfinden könnte. Auch ein Online-Aufruf zum Thema ist geplant.

TIPP Aktuelle Infos dazu unter bremen-nds.mehr-demokratie.de/ haende-weg-vom-wahlrecht/

Hessen

Die Änderung der hessischen Landesverfassung geht in die finale Runde: Laut dem Vorsitzenden der entsprechenden Enquete-Kommission herrscht mittlerweile Einigkeit darüber, die bundesweit höchste Unterschriftenhürde im Volksbegehren von bisher 20 auf fünf Prozent zu senken. Damit zeichnet sich ein Erfolg unserer Kampagne ab, auch wenn ein Zustimmungsquorum im Entscheid eingeführt werden soll. Im nächsten Jahr will der Landesverband darauf aufbauen und intensiv über das Thema informieren, denn im Herbst 2018 findet zeitgleich mit der Landtagswahl das obligatorische Verfassungsreferendum statt.

TIPP: Wer mithelfen möchte, melde sich gerne unter hessen@mehr-demokratie.de

Niedersachsen

Nach den Landtagswahlen hat sich in Niedersachsen eine rot-schwarze Koalition gebildet. Deren Koalitionsvertrag hat in Sachen direkter Demokratie gar nichts zu bieten. Details sollen beim kommunalen Wahlrecht geändert werden, erneute Verschlechterungen wie die von der CDU geforderte Wiederabschaffung der Stichwahl scheinen aber vom Tisch zu sein. Für das Informationszugangsgesetz, das wegen der Neuwahl auf Eis lag, besteht immerhin Hoffnung: Die neue Regierung will die Erfahrungen anderer Bundesländer mit Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzen auswerten. Auf dieser Grundlage wollen SPD und CDU dann über die Einführung eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes in Niedersachsen entscheiden.

Nordrhein-Westfalen

Vom 17. August bis zum 15. September hat Mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen mit dem "Spiegel der Gesellschaft" für bundesweite Volksentscheide geworben. Bei den Spiegel-Aktionen in 15 Städten haben sich mit Bürger/innen und eingeladenen Politiker/innen immer wieder spannende Diskussionen ergeben. Die Spiegeltour fand auch vielfältiges Interesse bei der lokalen Presse. Es erschien eine Reihe schöner Presseberichte.

Mit Unterstützung von Mehr Demokratie verklagen die Initiator/innen des Bürgerbegehrens "Kurfürstenbad bleibt!" die Stadt Bonn wegen des Bürgerentscheids über das Kurfürstenbad in der Bundesstadt. Sie wollen damit durchsetzen, dass Bürgerentscheide grundsätzlich angefochten werden können. Sie werfen der Stadt vor, den Bürger/innen wichtige Informationen zu Finanzierungsproblemen eines neuen Zentralbades bewusst vorenthalten zu haben. Gleichzeitig habe der Oberbürgermeister mit einer einseitigen Werbekampagne auf Kosten der Stadtwerke in unzulässiger Weise in den Abstimmungskampf eingegriffen.

Rheinland-Pfalz

Der Landesverband war wieder auf dem Demokratietag 2017 in Mainz auf dem ZDF-Gelände vertreten und konnte dort Kontakte mit anderen Organisationen knüpfen.

Die ÖDP und die Freien Wähler planen eine Volksinitiative mit dem Titel "Schluss mit der Selbstbedienung im Landtag". Sie will die im April beschlossenen Änderungen des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes rückgängig machen.

Der Verband hat Anfang November den Bürgerbegehrensbericht für Rheinland-Pfalz herausgegeben, der eine gute Medienpräsenz verzeichnen konnte.

TIPP Der Bürgerbegehrensbericht kann unter rlp.mehr-demokratie.de/fileadmin/ pdf/buergerbegehrensbericht_rlp_2017.pdf heruntergeladen werden.

Sachsen-Anhalt

Der Landtag hat eine Enquete-Kommission eingesetzt, die bis Jahresende 2017 konkrete Gesetzesvorschläge zum Ausbau der Demokratie im Land und in den Kommunen unterbreiten soll. Allen Mitgliedern dieser Kommission liegen die Vorschläge von Mehr Demokratie schriftlich vor, und Ralf-Uwe Beck hat an einer öffentlichen Anhörung dazu im August teilgenommen.

Eine Volksinitiative gegen den Lehrermangel in Sachsen-Anhalt hat ausreichend Unterschriften gesammelt und ihr Anliegen im Landtag vorgetragen. Darüber wurde in der Presse mehrfach und ausführlich berichtet.

Thüringen

Der Landesverband wirbt für Verfassungsgespräche zwischen der CDU-Fraktion und den Fraktionen von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen für eine Reform der direkten Demokratie auf Landesebene. Die CDU schlägt die Einführung des fakultativen Referendums vor, was auf einem Symposium und in Publikationen untermauert worden ist. Die Regierungskoalition setzt sich hingegen für eine Liberalisierung des Finanztabus bei Volksbegehren und eine Reform des Bürgerantrages ein. Mehr Demokratie Thüringen wirbt dafür, beide Reform-

ansätze gemeinsam zu verhandeln, anstatt von beiden Seiten Gesetzentwürfe in den Landtag einzubringen, die ohne eine Verständigung zwischen den Fraktionen keine Aussicht auf die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit haben.

Vorschläge für eine Reform des Landtagswahlrechts hat der Landesverband auf der Tagung "Mehr Demokratie beim Wählen" vorgestellt, die in Kooperation mit den regierungstragenden Fraktionen am 8. Juni 2017 im Landtag stattfand.

TIPP Ein Bericht zur Tagung, die Vorschläge von Mehr Demokratie Thüringen und die Vorträge finden sich unter thueringen.mehr-demokratie.de

Termine vor Ort

Bremen/Niedersachsen

Das nächste Landestreffen findet am Samstag, den 3. März 2018 von 11 bis 16 Uhr in Hannover im Pavillon Lister Meile statt.

Die neu gegründete Regionalgruppe Hannover trifft sich am 17. Januar 2018 ab 18 Uhr ebenfalls im Pavillon Lister Meile. Außerdem gibt es in Bremen regelmäßige Aktiventreffen in gemütlicher Runde, Interessierte sind sehr willkommen! Termine erfahren Sie im Bremer Büro (0421-7946370) oder im Internet unter bremen-nds.mehr-demokratie.de/bremergruppe.html

Rheinland-Pfalz

Am 14. Januar in Mainz plant der Landesvorstand in einer Klausur mit den Aktiven die Arbeit für die kommenden Monate.

Thüringen

Die diesjährige Mitgliederversammlung findet am 13. Januar im "Haus Dacheröden" in Erfurt statt.

TIPP Termine und weitere Infos bekommen Sie auch auf den Internetseiten der Landesverbände und bei den Regionalbüros (Adressen siehe hintere Umschlaginnenseite des **md**magazins).



Fotoaktion für ein Weltparlament, September 2014. Foto: Global Week of Action for a World Parliament / FlickR

FÜR WELTWEITE WAHLEN UND GLOBALE DEMOKRATIE

Im Buch "Das demokratische Weltparlament" entwickeln die Autoren Andreas Bummel und Jo Leinen ein Konzept für eine globale Demokratie. Andreas Bummel erläutert die Idee.

FRAGEN MARKUS MÖLLER

Seit zehn Jahren setzt du dich für eine parlamentarische Versammlung bei der UNO (UNPA) ein. Warum ist diese Forderung wichtig?

Immer mehr Themen und Sachverhalte werden von den Regierungen auf zwischenstaatlicher Ebene behandelt. Das betrifft neue Verträge genauso wie Entscheidungen im Rahmen bestehender UN-Gremien oder Absprachen in Foren wie den G-20. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit ist aber sehr intransparent. Sie liegt im Zuständigkeitsbereich der Exekutive. Wer da was mit wem warum verhandelt und entscheidet, ist nur schwierig zu durchschauen. Die Parlamente und die Öffentlichkeit sind weitgehend ausgeschlossen. Verhandlungsergebnisse werden in der Regel von der Regierungsmehrheit im Parlament abgenickt, auch wenn das Parlament überhaupt nicht involviert war. Statt-

dessen verhandeln Lobbyist/innen oft direkt mit und dürfen sogar an Vertragstexten mitschreiben. Das untergräbt die Demokratie.

In vielen Entwicklungsländern bestimmen außerdem die UNO oder Institutionen wie die Weltbank die Politik entscheidend mit, aber die Einflussmöglichkeiten der Bürger/innen sind gering. Mit einer UNPA soll der Grundsatz durchbrochen werden, dass internationale Kooperation eine exklusive Sache zwischen den Regierungen und ihren Beamt/innen ist. Gewählte Parlamentarier/innen und zwar auch solche von der Opposition sollen bei der UNO Informations- und Beteiligungsrechte bekommen. Abgeordnete müssen zum Beispiel kritische Fragen stellen dürfen und zwar nicht nur im nationalen Parlament abseits der Weltöffentlichkeit, sondern direkt in ihrem eigenen UN-Gremium.

Ein Beispiel, auf das Ihr oft Bezug nehmt, ist das Europäische Parlament, dessen Kompetenzen im Laufe der Zeit immer weiter ausgebaut wurden. Wann wird es Direktwahlen zu einer UNPA geben?

Ja, das kann man sich so ähnlich vorstellen. Eine UNPA würde als beratendes Gremium beginnen und sich nach und nach zu einem echten Weltparlament entwickeln. Wir schlagen vor, dass einzelne Länder sich von Anfang an für Direktwahlen entscheiden können sollen. Auch wenn wir praktisch bei null anfangen, sollte die Entwicklung trotzdem schneller gehen als beim Europaparlament, denn es bleibt nicht mehr viel Zeit, um das Ruder herumzureißen. Die zwischenstaatliche Kooperation bekommt zentrale Probleme nämlich nicht in den Griff. Die Ungleichheit

wächst rasant, mit der Abrüstung geht es nicht voran und die Klimaziele werden wohl auch nicht erreicht, um nur drei Beispiele zu nennen. Mehr Demokratie und Mitsprache der Weltbürger/innen auf der globalen Ebene aufzubauen ist Teil der Lösung.

"Mit Weltwahlen zu einem Weltparlament soll eines Tages die politische Gleichberechtigung aller

Menschen Wirklichkeit werden."

Ist eine Art Weltkonvent sinnvoll, um die Dimensionen von Weltbürger-Beteiligungsrechten und die Details eines Weltparlaments auszuarbeiten? Ja, absolut. Es sollte eine der vorrangigen Aufgaben einer UNPA

einzelne Länder geben.

sein, sich mit einer Weiterentwicklung der UNO und des internationalen Systems zu beschäftigen. Die Versammlung sollte sich für einen Weltkonvent zur Reform der UN-Charta einsetzen, der aus Vertretern von Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaft besteht und selbst dessen Kern darstellen. Nach unseren Modellen

würden einer UNPA mehrheitlich demokratisch gewählte Abgeordnete angehören. Sie hätte also ein demokratisches Mandat. Selbsternannten Gremien stehe ich dagegen skeptisch gegenüber. Ein Mindestmaß an demokratischer Legitimation ist notwendig, vor allem, wenn es so weitreichende Fragen betrifft. Wir müssen aber nicht warten, bis es einen solchen Konvent oder eine UNPA gibt, um uns für globale Beteiligungsrechte einzusetzen. Meiner Meinung nach sollte es nach dem Vorbild der Europäischen Bürgerinitiative auch eine UN-Weltbürgerinitiative geben. /

Weltföderalismus wird es vielmehr darum gehen müssen, die Kompetenzen der öffentlichen Gewalt von der lokalen bis zur

globalen Ebene sinnvoll aufzuteilen. Die Kompetenz eines Welt-

parlaments wäre insofern auf Fragen begrenzt, die die ganze

Menschheit betreffen, und die einzelstaatlichen Interessen wä-

ren weiterhin in einer Staatenkammer repräsentiert. Bei globa-

len Entscheidungen darf es dann allerdings keine Vetorechte für

Die Idee eines Weltparla-

ments existiert seit der französischen Revolution. Warum gibt es das Weltparlament nicht schon längst? Würde man jeden einzelnen Menschen fragen, wäre die absolute Mehrheit doch sicherlich dafür?

Ja, das denke ich auch. In internationalen Umfragen sprechen sich regelmäßig große Mehrheiten der Befragten in allen möglichen Ländern aus allen Weltregionen für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine gestärkte UNO, für bessere Maßnahmen zum Klimaschutz oder für die Abschaffung von Nuklearwaffen aus. Viele identifizieren sich auch als Weltbürger/innen und nicht nur als nationale Staatsbürger/innen. Außerdem wollen nur wenige Menschen von Autokrat/innen regiert werden. Insofern würde ich sagen, dass die eigentlichen Bremsklötze schon immer die Regierungen sind, die den Status Quo beibehalten wollen, der ihnen so große Handlungsfreiheiten einräumt. Die Autokratien sind sowieso von vornherein gegen eine Stärkung demokratischer Rechte. Ein Weltparlament wird es deswegen erst geben können, wenn zumindest alle großen Staaten der Erde demokratisch geworden sind. Trotzdem wäre es notwendig und möglich, jetzt schon erste Schritte zu machen. Die Regierungen demokratischer Länder wie Frankreich oder Deutschland wollen davon aber auch nichts wissen. Da sind sie sich mit den Despot/innen einig.

Würde ein Weltparlament langfristig das System souveräner Staaten durch eine Gemeinschaft gleichberechtigter Weltbürger/innen ersetzen?

Mit Weltwahlen zu einem Weltparlament soll eines Tages die politische Gleichberechtigung aller Menschen Wirklichkeit werden. Das traditionelle Konzept von Souveränität ist ja schon heute eine Illusion und muss sicher über Bord geworfen werden. Damit sollen nicht die Staaten ersetzt werden. Im Rahmen eines

ZUM BUCH

Jo Leinen / Andreas Bummel: "Das demokratische Weltparlament: Eine kosmopolitische Vision" Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 464 Seiten, 26,00 Euro

Die Kampagne im Netz

http://de.unpacampaign.org/ www.democracywithoutborders.org/



Andreas Bummel

Mitgründer von Democracy Without Borders und der Kampagne für eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen (UNPA).



Markus Möller

Politikwissenschaftler, Leiter des Webshops von Mehr Demokratie.

REFERENDUM IN DER KRISE

Erst zweieinhalb Jahre ist das niederländische Referendumsgesetz alt, das Bürger/innen die Möglichkeit gibt, nicht-bindende fakultative Referenden durchzusetzen. Doch die neue Regierung will es wieder loswerden. Meer Democratie kämpft mit allen Mitteln dagegen.

VON ARJEN NIJEBOER

Das niederländische Referendumsgesetz sieht vor, dass 300.000 Bürger/innen für ein Referendum unterschreiben müssen, damit sie über ein Gesetz oder einen internationalen Vertrag direkt abstimmen können, nachdem es oder er vom Parlament angenommen wurde. Bislang kam das Instrument erst einmal zum Einsatz, und zwar im April 2016. Das euroskeptische "Burgercomité EU", die rechte Denkfabrik "Forum voor Democratie" und der Satire-Blog GeenStijl.nl hatten gemeinsam Unterschriften für ein Referendum gegen das EU-Abkommen mit der Ukraine gesammelt – mit Erfolg. 61 Prozent der Abstimmenden votierten gegen den Vertrag, und mit 32 Prozent lag die Beteiligung über dem Quorum von 30 Prozent. Das Abkommen wurde dennoch unverändert angenommen und ihm lediglich ein Anhang beigefügt, der einige wichtige Bedenken aus der Referendumsdebatte aufgriff. Das Ergebnis eines Referendums ist trotz des Quorums nicht bindend.

Referendum zwischen den Parteifronten

Die meisten Politiker/innen – vor allem die progressiven – hassten dieses Referendum, denn es galt ihnen als ein populistischer Ausbruch, der sich nicht nur gegen dieses spezielle Abkommen, sondern gegen die gesamte EU richtete. Offensichtlich hatten sie große Schwierigkeiten im Umgang mit dem Referendum und mit den Parteien, die es initiiert hatten. Aber niemand rechnete damit, dass die neue Regierung, die am 26. Oktober erstmals zusammentrat, das Referendumsgesetz insgesamt wieder ab-

schaffen würde. Außer der ehemaligen DDR ist uns kein Staat bekannt, der ein einmal eingeführtes Referendumsgesetz wieder kassierte. Es kursieren schon Witze, dass sich die Niederlande damit offiziell zur Bananenrepublik ernannt haben.

Ironischerweise haben die Parteien, die das Referendum in ihrem Programm haben, eine Mehrheit im Parlament. Doch zu den Kompromissen, auf denen die neue Vier-Parteien-Regierung gründet, zählt die Abkehr der Partei D66 von ihrem Bekenntnis zur direkten Demokratie. Sie drehte sich um 180 Grad und befürwortet nun die Abschaffung des Referendumsgesetzes.

Evaluierung abwarten!

Wir denken, dass die Niederlande sich an das neue Instrument erst noch gewöhnen müssen. Man kann die direkte Demokratie nicht nach nur einer Abstimmung beurteilen. Das Referendumsgesetz selbst sieht eine Evaluierung nach drei Jahren vor, also im Sommer 2018. Es ist wirklich sehr schlechter Stil, diese Evaluierung nicht abzuwarten, sondern das Referendum husch-husch hinter verschlossenen Türen wieder aus der Welt zu schaffen, ohne öffentliche und wissenschaftliche Debatte über seine Vor- und Nachteile. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Niederländer/innen das Instrument behalten will und die Abschaffung des entsprechenden Gesetzes – obwohl es alles andere als perfekt ist – ablehnt.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: Im März 2018 findet eine weitere Abstimmung statt, diesmal über das neue Geheim-



Gegenwind aus Den Haag: Meer Democratie hat ein Bündnis gegen die Abschaffung des "beratenden Referendums" geschmiedet.

dienstgesetz. Dieses umstrittene Gesetzesvorhaben würde es den Geheimdiensten erlauben, im großen Stil Daten zu sammeln und auszuwerten. Das Referendum wird dem progressiven Lager zugeordnet. Weil es sich zudem gegen ein nationales Gesetz richtet und daher keine Schwierigkeiten mit der EU zu erwarten sind, könnte die niederländische Regierung das Ergebnis auch leicht umsetzen – anders als bei internationalen Verträgen, denen alle anderen EU-Staaten schon zugestimmt haben. Alles in allem bietet die Abstimmung eine gute Chance, den Ruf der direkten Demokratie vor allem bei progressiven Bürger/innen und Politiker/innen zu verbessern.

Die Kampagne zur Rettung des Referendums

Meer Democratie wird alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Abschaffung des Referendums zu verhindern. Nur einen Sitz mehr als die Opposition besitzt die neue Regierung im Parlament, weswegen sie hoffentlich die Legislaturperiode von vier Jahren nicht überstehen wird. Wenn wir es schaffen, nur ein paar Abgeordnete auf unsere Seite zu ziehen, könnte das die Lage schon verändern. Wir bearbeiten nun besonders die Führung der Umfaller-Partei D66, und wir arbeiten mit der Opposition zusammen, um die Sache zu verzögern.

Wenn die Regierung an ihren Plänen festhält, wird Meer Democratie ein Referendum über die Abschaffung des Referendums anstrengen. Das ist möglich, wenn auch schwierig, da Meer Demokratie in den Niederlanden immer noch klein ist und nur über wenig Ressourcen verfügt. Und selbst wenn wir es schaffen, das Referendum zum Erfolg zu führen und die Abstimmung zu gewinnen, kann die Regierung das Ergebnis immer noch ignorieren. Immerhin kann man die 300.000 nötigen Unterschriften auch online sammeln und wir haben bereits ein paar Organisationen mit im Bündnis, die voll hinter der Sache stehen. Darunter der Blog GeenStijl.nl, den täglich mehr als 200.000 Leute aufrufen.

Mit einem legalen Trick könnte die Regierung das Referendum über das Referendum verhindern, doch wenn sie das versucht, werden wir dagegen vor Gericht ziehen. Das Referendumsgesetz sieht nur wenige Ausnahmen vor, bei denen kein Referendum möglich ist – das Referendumsgesetz selbst zählt nicht dazu. Stattdessen enthält es einen Passus, wonach gegen die Entscheidung der Regierung, kein Referendum zuzulassen, Klage erhoben werden kann.

Es wird eine harte Kampagne. Aber wir haben nicht verloren, solange wir nicht aufgeben! /



Arjen Nijeboer Kampagnenmanager bei Meer Democratie und Mitglied im Vorstand von Democracy International.

KOMMT ECHTE DIREKTE DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH?

Erstmals verhandeln zwei Parteien um eine Koalition, die beide direkte Demokratie befürworten. Kommt es zu einem guten Ergebnis?

VON ERWIN MAYER

Die Ausgangslage

In Österreich können Volksabstimmungen von oben, vom Parlament, angesetzt werden. Das ist bisher zweimal passiert: 1978 zur Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf und 1994 zum EU-Beitritt. Davor seit 1918 und danach bis heute gab es keine weiteren Volksabstimmungen auf Bundesebene mehr – sieht man einmal ab von der unverbindlichen und mehrere Fragen vermischenden Volksbefragung von 2013¹. Ein Initiativrecht der Bürger/innen und ein fakultatives (Veto)referendum, das wie in der Schweiz vom Volk ausgelöst werden kann und für den gewählten Gesetzgeber verbindlich ist, haben die regierenden Parteien in Österreich nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Alle zarten Ansätze dazu scheiterten früh (siehe mdmagazin Nr. 104 und 106). Über 35 Volksbegehren, die sich nur untertänigst an Parlament und Regierung wenden können, blieben bis auf zwei oder drei Ausnahmen folgenlos, wurden schubladisiert.

Die Parteien, die Sozialpartnerschaft, aber auch einige Landesfürsten – Volkesmund tut hier Wahrheit kund – sind mit wenigen Ausnahmen sehr zufrieden mit dieser unechten direkten Demokratie und sehen eigentlich keinen Änderungsbedarf. Gleichzeitig machen Volksabstimmungen in der Schweiz zu Themen, die auch in Österreich von Interesse sind, erheblichen Eindruck. "Wieso dürfen die Schweizer/innen abstimmen, worüber sie wollen, und wir nicht?", lautet die Frage.

Alle Umfragen der letzten Jahrzehnte zur direkten Demokratie oder allgemeiner zu mehr Mitbestimmung ergeben deutliche Mehrheiten für einen Ausbau der direkten Demokratie, für mehr Verbindlichkeit und möglichst uneingeschränkte Themenauswahl. Das ist auch der Politik bekannt und so unterstützen vorwiegend Oppositionsparteien – oder Regierungsparteien in Umfragetiefs – die Idee der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild.

Direkte Demokratie bei ÖVP und FPÖ

Vor fünf Jahren beauftragte der damalige Vizekanzler und ÖVP-Obmann Spindelegger, in Umfragen bei nur 20 Prozent liegend, nach einem Besuch in der Schweiz einen jungen, aufstrebenden Nachwuchspolitiker, er solle ein Konzept für direkte Demokratie ausarbeiten. Dieses Papier sah ein zwingendes Initiativrecht vor, allerdings mit einer Hürde von 10 Prozent für Volksbegehren und einem Beteiligungsquorum von 50 Prozent in der Volksabstimmung. Auch bestimmte Themen, etwa EU-relevante Gesetze oder Ratifikationsprozesse, sollten ausgeschlossen werden. Der ÖVP-Vorstand beschloss dieses Papier einstimmig und nahm es in die Wahlkampfposition für die Nationalratswahl im Oktober 2017 auf. Sebastian Kurz, Spitzenkandidat der ÖVP, ehemaliger JVP-Chef und Autor dieses Direkte-Demokratie-Papiers, wird wahrscheinlich, wenn Sie diesen Artikel im Jänner lesen, schon der neue Bundeskanzler Österreichs sein.

Die FPÖ, der Koalitionspartner von Kurz' neuer Regierung, setzt sich schon seit Jahren für mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ein und machte diese noch vor wenigen Wochen zur Koalitionsbedingung. Sie fordert eine Unterschriftenhürde bei Volksbegehren und fakultativen Referenden von nur vier Prozent und will EU-Fragen wie alle Themen, die auch von Regierung und Parlament entschieden werden können, für Volksabstimmungen freigeben. Nur Menschenrechte und zwingendes Völkerrecht sollten durch eine Vorab-Überprüfung des Verfassungsgerichtshofes gewahrt werden. Beteiligungsquoren sieht sie nicht vor.

Somit verhandeln zwei Parteien über eine neue Regierung, die beide für den Ausbau der direkten Demokratie antraten. Die meisten Medien und zahlreiche "Expert/innen" schrieben aber weiterhin gegen die direkte Demokratie. Auch die bisher einflussreichen Sozialpartner und Landeschefs wandten sich erneut gegen echte direkte Demokratie von unten, fürchteten einen Machtverlust. Mit jeder Woche der Verhandlungen schwand die Hoffnung auf mehr direkte Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung. So zeichnet sich ab, dass im Koalitionsübereinkommen hohe Hürden von 10 Prozent für Volksbegehren und Beteiligungsquoren von 40 oder gar 50 Prozent für Volksabstimmungen, zahlreiche Themenausschlüsse und die Beschränkung auf einfache Gesetze und nicht auf Verfassungsänderungen vereinbart werden.

Wie könnten gute Regeln aussehen?

mehr demokratie! Österreich schlägt vor, Volksabstimmungen mit 100 000 Unterschriften auslösen zu können, fordert einen dreistufigen Prozess und Vetoreferenden, die mit 50 000 Unterschriften innerhalb von 100 Tagen ausgelöst wer-

Die hatte Bundesheer und Wehrpflicht zum Thema, wurde auf Beschluss des Parlaments durchgeführt und mangels klarem Auftrag ungefähr umgesetzt. Die Wehrpflicht blieb.

den können. Wenn das Parlament eine Bestimmung, die mittels eines Volksentscheids zustande kam, ändern will, dann sollen 25 000 Unterschriften in 100 Tagen ausreichen, um darüber ein Referendum auszulösen. Alle Themen, die von Präsident/innen, Regierungen und Parlamenten entschieden werden können, sollten auch Thema einer Volksabstimmung sein können. Völker- und Menschenrechte sollten mit einheitlichen Bestimmungen für Präsident/innen, Regierungen, Parlamente und Volksabstimmungen gewahrt werden. Die oft unausgesprochene Annahme, dass Menschenrechte von der gewählten Politik besser geschützt würden als vom Volk, bestimmte die österreichische De-

batte in den letzten Wochen. Empirisch ist sie nicht zu erhärten.

Letztlich sollten die Regeln für direkte Demokratie durch die Bevölkerung selbst festgelegt werden. In Bürgerbeteiligungsverfahren soll ein eigener Vorschlag für direkte Demokratie erarbeitet und neben einem allfälligen Gegenvorschlag des Parlaments vom Souverän in einer Volksabstimmung entschieden werden. Ob sich von den Forderungen von mehr demokratie! Österreich etwas in der Regierungserklärung wiederfindet, wird sich zeigen.

AKTUELLE INFOS

Zum Redaktionsschluss des mdmagazins liefen die Koalitionsverhandlungen noch. Ihr Ergebnis und eine Bewertung der Regierungserklärung finden Sie auf www.mehr-demokratie.at



Mag. Erwin Mayer hat mehr demokratie! Österreich mitgegründet und ist dort Mitglied im Bundesvorstand.

Aktive von mehr demokratie! Österreich werben für das Demokratie-Camp des Vereins.



DIE BEGRIFFE NEU BESTIMMEN

Johannes Stüttgen erläutert das Ringgespräch als Weg, die eigenen Begriffe zu entdecken.

FRAGEN ANDREA ADAMOPOULOS

Jeden Donnerstag findet in Düsseldorf das Ringgespräch statt, ein öffentlicher Gesprächskreis, in dem es um die Neubestimmung der Begriffe geht. Was ist damit gemeint?

Die Begriffe müssen neu bestimmt werden, weil sie ganz reale Kräfte und Wirksamkeiten sind – auch wenn sie für uns im Alltagsgebrauch abstrakt sind, keine Realitäten, sondern Gedanken oder bloße Vorstellungen bleiben.

Im Ringgespräch versuchen die Menschen, die an dem Gespräch teilnehmen, eine Verbindung ausfindig zu machen. Sie forschen nach Zusammenhängen, nach der Frage, ob es nur das gemeinsame Interesse ist, miteinander zu reden, oder ob es noch eine Schicht tiefer geht. Gibt es etwas, das uns miteinander verbindet? Ich habe festgestellt: Es sind die Begriffe, die uns miteinander verbinden. Wenn diese nicht wahrgenommen werden, landet man sofort auf einer sehr flachen Ebene. Die Idee des Ringgesprächs besteht darin, eine Schicht tiefer in die Wirklichkeit hinein zu kommen, in die Wirklichkeit des anderen Menschen. Weil du ja auch ein Mensch bist. Es liegt nichts näher, als deine und meine Menschheitsform miteinander in Verbindung zu bringen. Natürlich geht die Perspektive des Ringgesprächs noch darüber hinaus. Sie umfasst die ganze ökologische Frage.

Wie kommst du zu den Begriffen?

30

Erst einmal, weil ich das will. Durch meinen Willen möchte ich an die Begriffe heran. Das bezeichne ich als Denken. Willen und Denken sind in dem Fall eins, beides zusammen bin ich. Daraus ergibt sich die Frage, ob der Begriff, wie er im Denken erscheint, schon erschöpfend das ist, was als Kraft wirksam ist. Es geht darum, dich selbst als eine Einheit zu erkennen. In welchem Verhältnis stehen meine Gefühle zu meinen Gedanken, wie stehe ich zu dem, was ich wahrnehme, zu dem, was ich als Begriff habe? Du fängst dann an, dich selbst unter die Lupe zu nehmen, als eine bestimmte Wirklichkeit. Und das Interessante daran ist, dass du das nur tun kannst, wenn du dich selbst zum Gegenstand machst.

Findet dieser Vorgang der Befragung im Ringgespräch auch gegenseitig statt?

Ja! Ich zum Beispiel versuche immer herauszufinden, welcher Begriff gerade in meinem Gegenüber wirksam ist. Wenn mein Gegenüber es nicht selbst weiß, finde ich es interessant, ihn auf diesen Punkt zu stoßen, der für ihn selbst interessant ist. Nehmen wir an, du sprächest jetzt rein aus deinem Empfinden heraus, was meist sehr wichtig und tief ist. Mich interessiert dann dennoch, welcher Begriff dich dazu treibt, so zu reden, wie du jetzt redest. Ich habe den Eindruck, bei dir dadurch eine Schicht tiefer zu kommen. Zuhören heißt also nicht nur zu hören, was der andere sagt, sondern auch zu hören, was der andere sagen will.

Das Ringgespräch ist eine Methode der Kommunikation; das heißt, etwas zu beschreiben, zu besprechen, zuhören zu lernen, einen Zusammenhang herzustellen. Am Ende eines Ringgesprächs geht vielen Beteiligten ein Zusammenhang auf, den niemand vorher kannte. Jeder hat seine Begriffe eingebracht und daraus ist eine Übereinstimmung entstanden, die vorher nicht da war. Als Ringgesprächsteilnehmerin entwickelst du einen Sinn für eine zukünftige Form, die du vorher nicht kennst.



Welche Zusammenhänge meinst du?

Früher gab es beispielsweise religiöse Zusammenhänge, in denen der Zusammenhang, die Frage nach dem Ganzen, geregelt war und zwar außerhalb deines Bewusstseins. Heute haben diese Regelungen an Gültigkeit verloren. Umso mehr stellt sich für uns heute die Frage, wie wir in der immer weiter zunehmenden Spezialisierung, in dieser Zuspitzung, einen Zusammenhang hinbekommen. Denn die globalen Katastrophen sind nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass der Mensch zwar seine Spezialitäten einigermaßen im Griff und dafür auch vernünftige Werkzeuge hat, jedoch nicht über die Fähigkeit verfügt, die Frage nach dem Zusammenhang zu stellen, die Frage des globalen Ganzen. Wenn man von Globalisierung spricht, ist das doch eigentlich der Auftrag, vom Ganzen zu sprechen, vom Globus als Ganzem und allen darauf lebenden Lebewesen.

Inwieweit kann das Ringgespräch mit seiner Methode dazu beitragen, dass sich gesellschaftlich etwas verändert?

Wenn du damit meinst, dass sich jetzt sofort etwas ändern soll, dann kann das Ringgespräch das nicht leisten. Ich gehe davon aus, dass jede Veränderung nur im Einzelnen ICH überhaupt möglich ist, denn wenn es sich nicht im ICH zu ändern beginnt, dann wirst du von außen bestimmt, dann hast du keinen Anteil an der Veränderung. Daraus folgt, dass eine Veränderung des Ganzen im Sinne des Menschen nur im ICH des Menschen möglich ist. Im Sinne des Menschen! Und das würde bedeuten, dass das ICH die Schlüsselstelle ist. Du nimmst durch diese Vorgänge Einfluss auf das Ganze, bewusst oder unbewusst. Du hast keine andere Möglichkeit, als Einfluss zu nehmen. Die Alterna-

tive ist, du vertraust auf irgendeine Regierung oder du vertraust auf irgendeinen starken Max, der es für dich machen soll. Worauf das hinausläuft, sehen wir zur Zeit. Es läuft auf Vorgänge hinaus, die sich verselbständigen, in denen der Mensch keine Rolle mehr spielt.

Je intensiver Menschen gemeinsam denken, zuhören, sich für das Geheimnis des Anderen interessieren, desto mehr erleben wir, an der Sache teilzuhaben, desto näher kommen wir unserer Kreativität, wir erleben uns dann selbst als Hervorbringende von Leben. Jetzt bist du plötzlich beteiligt, machst Begriffe lebendig und stehst damit überhaupt erst in deiner schöpferischen Bestimmung. Du nimmst teil an schöpferischen Vorgängen, die über dich hinaus reichen und überspringen auf andere Iche.

Dann weißt du erst, warum du überhaupt auf der Erde bist. /

RINGGESPRÄCH

Jeden Donnerstag um 19 Uhr lädt der OMNIBUS in Düsseldorf zum Ringgespräch, ausgenommen sind Feiertage und die Schulferien. Nähere Informationen unter www.ringgespraech.de



Johannes Stüttgen Mitinitiator des OMNIBUS für direkte Demokratie.

LESERBRIEF

Ein Kommentar zum Artikel "Populismus und Volksabstimmungen" (**md**magazin Nr. 114, Seite 10).

Der Forderung nach Direkter Demokratie vorzuwerfen, populistisch zu sein und populistische Politik zu begünstigen, ist eigentlich absurd. Wo soll da der Zusammenhang sein? Der Kampfbegriff Populismus wird jetzt im inflationären Ausmaß benutzt, um – untauglich – zu versuchen, etablierte Parteien gegen die vom rechten Rand abzugrenzen. Da diese Parteien und Organisationen ähnliche Forderungen nach Volksabstimmungen aufstellen, wird blind versucht, auch der Forderung nach Direkter Demokratie Populismus zu unterstellen. Die Definition von Populismus im Duden macht deutlich, dass einerseits Populismus nichts mit direkter Demokratie zu tun hat, und dass andererseits doch jede Partei populistisch ist, zumindest jede bei uns bisher an Regierungen beteiligte, wenn auch vielleicht in unterschiedlichem Maße.

Eine Gegenüberstellung von Populismus und direkter Demokratie ist so ähnlich wie Orangen und Frösche vergleichen. Es gelingt nicht so recht; aber man kann sich noch einmal über Begriffe und Tatsachen im Klaren werden. Im Einzelnen:

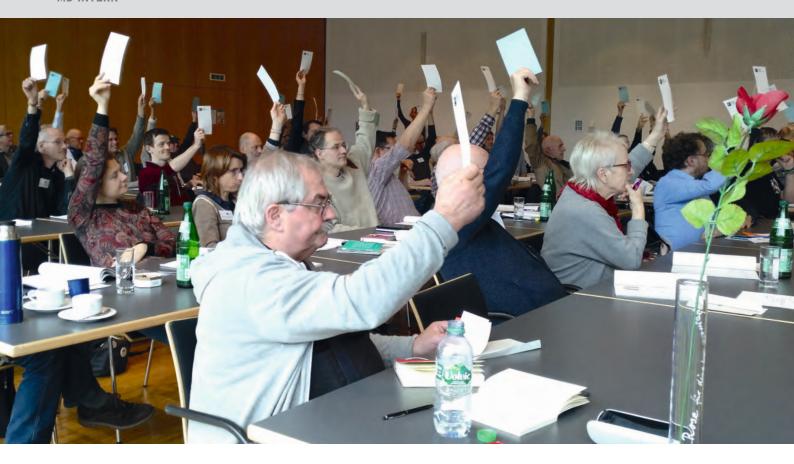
- Populismus sei eine Politik, die "Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt, (und) vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet".
 - Willkommen in Deutschland mit seinen etablierten Parteien! Ich erinnere nur an Emotionen wecken mit Rote-Socken-Kampagne oder faulem Griechenland, an alternativlose Bankenrettung, Rentenkürzung oder Wirtschaftswachstum als Lösung für politische Probleme, ständiges Angst-Schüren vor Stellenabbau, Arbeitsplatzverlust, Russland, China usw.
- "Eine mächtige Führungsperson steht im Zentrum, die auf alles eine Antwort hat".
 Populismus? Nein, das ist Führerdiktatur.

- "Populisten nehmen für sich in Anspruch zu wissen, was 'das Volk' denkt, will oder braucht. 'Das Volk' wird nicht in seiner Vielfalt und seinen Unterschieden wahrgenommen". Populismus? Ja, vermischt mit Kennzeichen des Faschismus.
- "Populisten fordern Volksbefragungen als Akklamation der Regierungspolitik, Parlament und Justiz werden diskreditiert und gegenüber der Exekutive geschwächt".
- Populismus? Nein, eher eine Vorstufe zur Diktatur.
- "Komplexe Sachverhalte werden mit Schwarz-Weiß-Malereien beantwortet, in einfache Parolen gegossen."
 Populismus? Zumindest im Wahlkampf schon lange üblich.
- "Populisten verbreiten Hass und Schrecken" und "Populismus teilt Menschen in "Wir" und "Die" ("Die" sind je nachdem Politiker/innen, Muslime. Ausländer/innen, Homosexuelle,...)". Populismus? Nein, das ist Faschismus. (Nebenbei bemerkt gehören Politiker/innen nicht in diese Aufzählung. Der Unterschied zu den anderen Genannten liegt darin, dass sie freiwillig eine selbst gewählte Machtposition eingenommen haben und sich der Kritik stellen müssen, selbst wenn diese in gewissem Maß pauschalisiert ist.)

Diejenigen Politiker, die am Lautesten Populismus rufen und andere als Populisten verurteilen, sind die, die sich im Spiegel selbst sehen und befürchten, der Bürger und Wähler wird erkennen, dass sie nicht so viel anders handeln, nur geschickter und durch ständige Propaganda verdeckter.

Reinhard Rengel, Karwitz





IN DER HEISSEN PHASE

Die Bundesmitgliederversammlung im November stand im Zeichen der Bundeskampagne, wagte aber bereits den Blick auf 2018.

VON NEELKE WAGNER

30 JAHRE MEHR DEMOKRATIE

Gefeiert wird am Samstag, 15.09.2018 in Berlin. Beachten Sie auch die Rückseite dieses Hefts! Während in Berlin die Sondierungsgespräche für eine Jamaika-Koalition in ihre heiße Phase traten, trafen sich in Kassel rund 70 Mitglieder von Mehr Demokratie, um die aktuelle politische Situation, aber auch grundsätzliche Demokratiefragen zu diskutieren. Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck eröffnete die Versammlung mit einem Bezug aufs Reformationsjahr: Vor 500 Jahren prangerte Martin Luther den Ablasshandel an, der deutlich zeigte, wie weit sich die Kirche von den Idealen des Evangeliums entfernt hatte. Viele Menschen heute empfinden die demokratischen Institutionen als sehr weit weg von den Bürger/innen und gießen diese Beobachtung in den griffigen Satz: "Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen". Luther ging es um Emanzipation: Denkt selbst, handelt selbst, übernehmt Verantwortung! Und darum gehe es auch bei Mehr Demokratie, erklärte Beck: Indem die Menschen Verantwortung übernehmen für ihr Gemeinwesen, holten sie die Politik zu sich zurück. Deshalb stehe Mehr Demokratie heute vor den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft und fordere bundesweite Volksentscheide. Mitten in der Kampagne sei noch nicht absehbar, ob sie Erfolg haben werde, aber der Verein tue alles, "um die Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg so weit als möglich zu steigern".

Berichte und Ausblick auf 2018

Von der Bundeskampagne berichteten Claudine Nierth und Tim Weber (mehr dazu ab Seite 4 in diesem Heft). Auch 2018 wird es nicht langweilig bei Mehr Demokratie: Das Bürgergutachten zur Zukunft der Demokratie, das die Mitgliederversammlung im Frühjahr 2017 beschlossen hatte,

kommt gut voran. Gemeinsam organisiert von Mehr Demokratie, dem Nexus-Institut, der Beratungsfirma Ifok und der Schöpflin-Stiftung werden in diesem Jahr per Zufall ausgewählte Menschen in einer Planungszelle über nötige und wünschenswerte Demokratie-Reformen diskutieren.

Mehr Demokratie wird 30!

Im kommenden Jahr feiert der Verband seinen 30. Geburtstag, nachdem in diesem Jahr der Hamburger Landesverband sein 20jähriges Jubiläum feiern konnte. Geplant ist ein Fest am 15. September 2018 in Berlin, Details folgen ...

TTIP, CETA und die Demokratisierung der Handelspolitik

CETA ist im September vorläufig in Kraft getreten, berichtete Roman Huber für den Bundesvorstand – jedoch nur die Teile des Abkommens, für die allein die EU zuständig ist. Die umstrittenen Schiedsgerichte und die Gremien der regulatorischen Kooperation brauchen die Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten. Hier sei wahrscheinlich, dass die alte wie die neue Bundesregierung auf Zeit spielten. Belgien hat den Europäischen Gerichtshof gebeten zu prüfen, ob die Schiedsgerichte mit EU-Recht vereinbar sind. Dieses Verfahren könnte sich über Jahre hinziehen. In den Niederlanden und in Österreich gebe es eine Chance darauf, dass CETA gestoppt wird – in den Niederlanden durch ein fakultatives Referendum, in Österreich durch eine mögliche Koalition von ÖVP und FPÖ. Was passiert, wenn ein Mitgliedsstaat CETA ablehnt? Das ist noch nicht ganz klar. CETA ist deshalb schon teilweise in Kraft getreten, weil die EU dies so entschieden hat. Das ändert sich erst, wenn die EU einen neuen Beschluss fasst. Ablehnen können die einzelnen Mitgliedsstaaten nur die gemischten Teile des Abkommens. Ob CETA insgesamt scheitert, wenn ein EU-Staat es ablehnt? Einen solchen Fall gab es noch nie – darüber wird verhandelt werden müssen, wenn er eintritt.

Der Protest gegen die europäischen Handelsabkommen hat sich mittlerweile im Netzwerk *Gerechte Handelspolitik* gebündelt, in dem Mehr Demokratie Mitglied ist. Das Bündnis hat grundlegende Prinzipien einer gerechten internationalen Handelspolitik entwickelt, die das derzeitige System grundsätzlich verändern sollen. In diesem Zusammenhang diskutierte die Mitgliederversammlung kurz das von der EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, vorgeschlagene Modell eines internationalen Investitionsgerichtshofs (Multilateral Investment Court, MIC). Es biete zwar formale Verbesserungen, doch die Grundprobleme solcher Gerichte, etwa die einseitige Bevorzugung internationaler Investoren, beseitige es nicht.

Anträge und neue Positionspapiere

Nach den Berichten und den Aussprachen widmete sich die Versammlung den Anträgen. Künftig werden zwei Rechnungsprüfer/innen gewählt und dann für zwei Jahre die Bücher des Vereins kontrollieren. Der Antrag, den Beschluss der letzten Bundesmitgliederversammlung zum Demokratieverständnis von Mehr Demokratie in die Satzung aufzunehmen, wurde zusammen mit den Änderungsanträgen vorgestellt. Die Versammlung entschied nach kurzer Diskussion, sich nicht weiter mit ihm zu befassen.

Zwei Positionspapiere wurden verabschiedet: Eines vom AK Bürgerbeteiligung zum Verhältnis von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie und ein anderes vom AK Europa zur Einberufung eines Verfassungskonvents für Europa, welches durch die Diskussion noch ein paar kleinere Änderungen erfuhr. Beide wurden auf der Internetseite von Mehr Demokratie veröffentlicht.

Aus Zeitgründen endete die abwechslungsreiche und diskussionsfreudige Zusammenkunft, ohne die Anträge zum Kinderwahlrecht und zum Artikel 146 GG beraten zu können. Dies wird auf der nächsten Versammlung, die Ende April 2018 in Hofgeismar bei Kassel stattfindet, nachgeholt. /



Neelke Wagner Politikwissenschaftlerin, Leiterin Publikationen bei Mehr Demokratie.

NEUE POSITIONSPAPIERE Bürgerbeteiligung

www.mehr-demokratie.de/ fileadmin/pdf/Positionen19_ DD_und_Buergerbeteiligung_ verbinden.pdf

Europäischer Bürgerkonvent www.mehr-demokratie.de/ fileadmin/pdf/Positionen15_ Konventsvorschlag.pdf

ANKÜNDIGUNG DER BUNDESMITGLIEDER-VERSAMMLUNG

Die nächste Bundesmitgliederversammlung findet am 28. und 29. April 2018 in Fuldatal bei Kassel statt.

Liebe Mitglieder,

TAGUNGSTERMIN UND -ORT

Beginn: Samstag, 28. April 2018, 12 Uhr Ende: Sonntag, 29. April 2018, 16 Uhr

Reinhardswaldschule

Rothwestener Straße 2-14 34233 Fuldatal

ANTRAGSFRIST ZUR TAGESORDNUNG: Donnerstag, 1. März 2018

WEITERE ANTRÄGE bis zum 1. März an

Mehr Demokratie e.V. Alexander Trennheuser Friedrich-Ebert-Ufer 52 51143 Köln Tel. 02203-59 28 59 Fax 02203-59 28 62 antrag@mehr-demokratie.de bereits jetzt möchten wir Sie auf die kommende Bundesmitgliederversammlung am 28. und 29. April 2018 in Fuldatal hinweisen.

Inhalte

Mehr Demokratie feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Vereinsjubiläum. Schon ein Grund, zur Mitgliederversammlung zu kommen und Geschenke auszupacken! Welche Erfolge haben wir erzielt? Was haben wir mit unserer Kampagne für bundesweite Volksentscheide erreicht?

Besonders freuen wir uns, dass wir für den Abendvortrag am Samstag Andreas Bummel gewinnen konnten. Andreas Bummel ist für seinen Einsatz für ein Weltparlament bekannt. In seinem Buch "Das demokratische Weltparlament", das er gemeinsam mit Jo Leinen geschrieben hat, geht es um die Idee eines Instruments, das es erlaubt, alle Mitglieder der Weltgemeinschaft in Entscheidungen von globaler Tragweite einzubeziehen, ob es nun um das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, Umverteilung der globalen Gemeingüter, die latente Krise des Finanzsystems inklusive Steuervermeidung auf globaler Ebene, nukleare Abrüstung, kollektive Sicherheit, Schutz der Menschenrechte, Bekämpfung von Armut oder globale Wasserpolitik geht. Die Wahlen zu einem Weltparlament sollen auch nationale Demokratisierungsprozesse anstoßen.

Auf der letzten Mitgliederversammlung wurde ein Positionspapier für einen Europäischen Bürgerkonvent beschlossen. Welche Neuigkeiten gibt es hier? Auch unsere Aktivitäten gegen die geplanten Handelsabkommen werden wieder Thema sein. Kommen Sie zahlreich nach Fuldatal und gestalten Sie die Veranstaltung aktiv mit! Wir freuen uns auf Sie!

Bundesvorstandswahlen

Jedes Vereinsmitglied kann bei den Bundesvorstandswahlen kandidieren. Die Kandidatur muss spätestens bis zum 28. Februar 2018 gegenüber der Wahlleitung, die aus den Mitgliedern der Abstimmungsleitung für Mitgliederurabstimmungen besteht, erklärt werden. In der darauf folgenden Ausgabe der Zeitschrift werden die Kandidierenden mit einem Text von maximal 1.300 Zeichen und einem Foto persönlich vorgestellt. Ihre Kandidatur mit Vorstellungstext und Foto schicken Sie bitte per E-Mail an abstimmungsleitung@mehr-demokratie.de, per Post oder per Fax an das Bremer Mehr Demokratie-Büro.

WAHLBEKANNTMACHUNG

Aufruf zur Kandidatur für die Bundesvorstandswahl - Aufruf zur Briefwahl

Auf der kommenden Bundesmitgliederversammlung am 28. und 29. April 2018 (Reinhardswaldschule, Fuldatal bei Kassel) wird der neue Bundesvorstand von Mehr Demokratie e.V. gewählt. Kandidaturen sind bis zwei Monate vor der Wahl (28. Februar 2018) möglich. Für die Kandidaturen sind bis zu diesem Stichtag bitte folgende Angaben mit einzureichen:

- Persönliche Vorstellung (maximal 1.300 Zeichen inkl. Leerzeichen)
- Zusätzlich in tabellarischer Form Angaben zur beruflichen Tätigkeit und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen
- Portraitfoto (hohe Auflösung, mind. 300 dpi bei 5x4 cm Größe)

Kandidaturen zur Bundesvorstandswahl bis 28. Februar 2018

Abstimmungsleitung c/o Mehr Demokratie e.V. Bernhardstr. 7, 28203 Bremen Fax: 0421/559 005 24 abstimmungsleitung@mehr-demokratie.de

Beantragung der Briefwahlunterlagen bis 28. März 2018

Mehr Demokratie e.V. Geschäftsführung Tempelhof 3 74594 Kreβberg

briefwahl@mehr-demokratie.de

Aus organisatorischen Gründen möchten wir die Kandidierenden bitten, ihre persönliche Vorstellung möglichst frühzeitig bei der Abstimmungsleitung einzureichen.

Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl

Sie haben wieder die Möglichkeit, Ihre Stimmen zur Bundesvorstandswahl per Brief abzugeben. Der formlose Antrag auf Briefwahl muss bis spätestens Mittwoch, 28. März 2018 bei der Geschäftsführung per Post oder unter briefwahl@mehr-demokratie.de eingegangen sein.

Anträge

Bis zum 1. März 2018 besteht die Möglichkeit, die auf Seite 38 aufgeführte, vorläufige Tagesordnung um weitere Punkte zu ergänzen. Die um diese Punkte erweiterte Tagesordnung wird in der nächsten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift (Nr. 116) Ende März veröffentlicht. Danach können aufgrund von Vorgaben des Vereinsrechts nur noch Anträge zu den Themen der veröffentlichten Tagesordnung gestellt werden (voraussichtlich bis zum 5. April 2018). Die Vorlage für einen Antrag an die Bundesmitgliederversammlung können Sie unter antrag@mehr-demokratie.de anfordern.

Anmeldung, Übernachtung und Verpflegung

Sie können sich bereits jetzt per Mail unter mitgliederservice@mehr-demokratie.de oder telefonisch unter 07957-923 9050 anmelden. Übernachtungsmöglichkeiten stehen in der Tagungsstätte Reinhardswaldschule zur Verfügung. Wir haben die Zimmer fest gebucht und bitten um frühzeitige Anmeldung. Ebenfalls benötigen wir eine Anmeldung zu den Mahlzeiten. Falls Sie vegetarisch essen möchten, teilen Sie uns dies bitte mit.

Kosten

Die Teilnahme an der Bundesmitgliederversammlung nebst Verpflegung ist kostenfrei. Die Kosten für die Übernachtung werden mit der formalen Einladung in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift bekanntgegeben. Für Anfahrt und Übernachtung kann VOR der Versammlung ein Zuschuss von 75 Prozent beantragt werden. Die Anfrage ist an Roman Huber zu richten (roman.huber@mehr-demokratie.de).

FÜR DEN BUNDESVORSTAND KANDIDIEREN

Frist: 28. Februar 2018

Kandidaturen bitte an:

Mehr Demokratie e.V. Bernhardstr. 7 28203 Bremen oder per Fax an 0421-7946 371 oder an abstimmungsleitung@ mehr-demokratie.de

BRIEFWAHLUNTERLAGEN BEANTRAGEN

Frist: 28. März 2018

Antrag an die Geschäftsführung per Post an Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3 74594 Kreßberg oder an briefwahl@mehr-demokratie.de

Vorläufige Tagesordnung für die Bundesmitgliederversammlung am 28. und 29. April 2018 in Fuldatal (Reinhardswaldschule)

Beginn: Samstag, 12 Uhr; Ende: Sonntag, 16 Uhr

- 1. Begrüßung und Formalia
- 1.1 Formalia
- 1.2 Beschluss des Protokolls der letzten BMV (11.11.2017 in Kassel)
- 2. Berichte
- 2.1 Berichte aus den Landesverbänden
- 2.2 Bericht des Bundesvorstands
- 3. Politisches
- 3.1 Auswertung der Bundeskampagne
- 3.2 Widerstand gegen die Freihandelsabkommen
- 3.3 Europäischer Bürgerkonvent
- 4. Finanzen
- 4.1 Jahresabschluss 2017
- 4.2 Bericht des Rechnungsprüfers
- 4.3 Finanzplanung 2018
- 5. Wahlen
- 5.1 Wahl der Abstimmungsleitung
- 5.2 Wahl des Bundesvorstandes
- 5.3 Wahl der Rechungsprüfer/innen
- 6. Vortrag und Diskussion

Andreas Bummel: Das demokratische Weltparlament (siehe auch das Interview auf Seite 24/25)

- 7. Anträge
- 7.1 Antrag des Bundesvorstands: Position zum Art. 146 GG
- 7.2 Antrag von Karl-Martin Hentschel, Tobias Schramm, Thomas Böttle, Jan Lorenz: Kinderwahlrecht
- 8. Abschluss und Verschiedenes

Anträge, die die vorläufige Tagesordnung erweitern, schicken Sie bitte bis zum 1. März 2018 an Mehr Demokratie e.V., Alexander Trennheuser, Friedrich-Ebert-Ufer 52, 51143 Köln oder per E-Mail an antrag@mehr-demokratie.de. Die formale Einladung mit vollständiger Tagesordnung wird in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift Ende März 2018 veröffentlicht.

Für den Bundesvorstand



Bertram Böhm



Alexander Trennheuser

Slends Tahour

KONTAKT

Landesbüro Baden-Württemberg

Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11 info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern

Schwanthalerstr. 120, 80339 München Tel: 089-462 242 05 oder 08071-597 51 20 bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen

Bernhardstr. 7, 28203 Bremen Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371 bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg

Mittelweg 12, 20148 Hamburg Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028 info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Hermannstr. 36, 18055 Rostock mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen

Friedrich-Ebert-Ufer 52, 51143 Köln Tel. 02203-59 28 59, Fax 02203-59 28 62 nrw@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen

Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig Tel./Fax 0341-30 65 140 sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein

Dorfstr. 2a, 24975 Husby Tel. 04634-936 76 16, Mobil 0157-522 432 20 sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen

Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt Tel. 0176-240 857 58 (Philipp Gliesing) thueringen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen

Matthias Klarebach, Dirk Oestreich vorstand@md-hessen.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz

Gert Winkelmeier

Tel. 02684-61 07, Fax 02684-959 291 gert.winkelmeier@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland

Thomas Gretscher Tel. 0681-416 36 41 thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt

Hans-Dieter Weber Tel. 0172-394 88 61 hdum-weber@t-online.de

ARBEITSBEREICHE

Geschäftsführung und Kuratorium

Roman Huber, Büro Tempelhof roman.huber@mehr-demokratie.de Tim Weber, Büro Bremen tim.weber@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer

Carola Hadamovsky, Büro Tempelhof mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Pressesprecherin

Anne Dänner, Büro Berlin presse@mehr-demokratie.de

Internet

Charlie Rutz (Redaktion), Büro Berlin charlie.rutz@mehr-demokratie.de Stefan Padberg (Technik) webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation

Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung

Katrin Tober, Büro Bremen katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation

Frank Rehmet, Büro Hamburg frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit

Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International

Daniel Schily, Büro NRW daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt

Stefan Padberg stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren

Susanne Socher, Büro Bayern beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht

Paul Tiefenbach, Büro Bremen paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung

Christian Büttner, erreichbar über Büro Ba-Wü christian.buettner@mitentscheiden.de Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie

Karl-Martin Hentschel karl.m.hen@googlemail.com

Beratung von Bürgerbegehren

Bei den Landesbüros oder zentral: beratung@mehr-demokratie.de

BUNDESBÜROS

Bundesbüro Tempelhof

Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 berlin@mehr-demokratie.de

IMPRESSUM

Herausgeber (V.i.s.d.P.)

Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Redaktion

Neelke Wagner Redaktionsanschrift: Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement

18 Euro für vier Ausgaben jährlich. Für Mitglieder und Förderer von Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen

Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

Druck

Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG 100% Umweltpapier

Konto

Mehr Demokratie, BfS München IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105 BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes

Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss

Für Heft 2/2018: 15.02.2018

Bildnachweis

Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung

Susanne Appelhanz (www.change-ahoy.de), Neelke Wagner

MEHR DEMOKRATIE WIRD 30!



"Vor nun beinahe 30 Jahren habe ich Mehr Demokratie mitbegründet...

Inzwischen haben die Bürgerinnen und Bürger überall auf kommunaler und Landesebene das Recht, über Fragen ihres Gemeinwesens selbst abzustimmen. Das ist ein Verdienst von Mehr Demokratie e.V. Wir sind eine Bewegung für Mutige, für Selbstbewusste und für Beharrliche.

Immer noch unser wichtigstes Ziel: die bundesweite Volksabstimmung. Sie wird kommen, wenn noch mehr Bürgerinnen und Bürger sich unserer Bewegung für direkte Demokratie anschlieβen, ihre Stimme erheben und nicht mehr gewillt sind, ihre Stimme nur alle vier Jahre abzugeben. Ich jedenfalls werde weiterkämpfen!"

Daniel Schily, Bonn

"Ich bin Mitglied bei Mehr Demokratie, weil....

mich mit 22 Jahren der heilige Zorn erfasste und der goldene Pfeil der Volksabstimmung mitten in mein Herz traf. Von da an WUSSTE ich, dass die Menschenwelt nur MIT ALLEN Menschen ein besserer und gerechterer Ort werden kann: Das Instrument dafür ist die VOLKSABSTIMMUNG.

Ich bin seit fast 30 Jahren dabei, weil Mehr Demokratie mit all seiner Kraft daran arbeitet, diese Idee auf den Boden zu bringen.

Damit das Recht auf Volksabstimmung endlich Wirklichkeit werden wird.

Silvia Gauss, Ottersberg



UND WARUM SIND SIE MITGLIED BEI MEHR DEMOKRATIE?

Wir feiern in diesem Jahr unseren 30. Geburtstag und blicken auf zahlreiche Erfolge und Kampagnen zurück. Die große Geburtstagsfeier findet am 15. September 2018 in Berlin statt. Begonnen hat es mit einer Handvoll Menschen, heute sind wir rund 10.000 Mitglieder, die gemeinsam für die Demokratie aktiv sind. Was motiviert Sie, bei Mehr Demokratie dabei zu sein?

Bitte schreiben Sie uns und verraten Sie uns, warum Sie Mitglied bei Mehr Demokratie sind!

Antwort mit Foto und kurzem Statement an: 30jahre@mehr-demokratie.de